ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

8/2023



Österreichische Post AG MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien

RÜCKBLICK

72. Österreichischer Städtetag in Bad Ischl



Das Wartehaus der Zukunft

Energieautark, nachhaltig und individuell konfigurierbar

Sie planen die Erneuerung oder die Errichtung einer neuen Bushaltestelle? Sie suchen nach einer innovativen Wartestation für Radfahrer, Wanderer, für Urlauber in Ihrer Region? Dann könnte die multifunktionale **station BY FONATSCH** jetzt für Sie von Interesse sein. Sie besticht nicht nur durch Design und Optik, sondern auch mit vielfältigen modularen Erweiterungsmöglichkeiten.

Beleuchtete Haltestellen vermitteln Sicherheit, daher ist jede unserer Wartestationen mit CO_2-neutraler Beleuchtung, LED-Technik und einer intelligenten Lichtsteuerung ausgestattet. Große Photovoltaikmodule und Batteriespeicher garantieren Energieautarkie und es bedarf keiner Anbindung zum Stromnetz selbst.

Ob Fahrplan, Gemeindeinfos oder für Werbezwecke - ein beleuchteter und witterungsbeständiger Schaukasten steht ihnen als Informationssystem zur Verfügung und jede **station BY FONATSCH** kann ganz auf Ihre Kommunalen Bedürfnisse abgestimmt und individuell konfiguriert werden. Vom begrünten Dach, USB-Lademöglichkeiten, WLAN bis hin zu überdachten Radabstellplätzen oder einer E-Bike Ladestation die integriert werden kann.

Kennen Sie schon **station**BIKE, **station**HIKE oder **station**CHILL? Auch themenspezifische Modelle sind bei uns erhältlich. Mehr Informationen finden Sie auf www.fonatsch.at

Kontakt:

Fonatsch GmbH
Industriestraße 6
3390 Melk
mail: verkauf@fonatsch.at

FONATSCH®
MASTE MIT TECHNIK UND DESIGN

© Foto: unspash.com



Finanzierung sichern

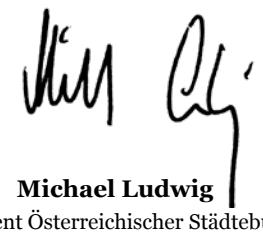
Wir brauchen frisches Geld, um auch in Zukunft unsere Leistungen zu garantieren!

Gern denken wir an den 72. Österreichischen Städtetag in Bad Ischl zurück: an den anregenden Austausch in wunderbarem Ambiente, fachliche Diskussionen und parteiübergreifende Zustimmung zu unserer Resolution.

Alle waren sich einig: Es braucht nachhaltige Anpassungen im Finanzausgleich ab 2024.

Eine Änderung der vertikalen Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden – auf 14,55 Prozent – ist unumgänglich, wenn wir die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiter betreiben wollen. Nur wenn es substanzielle Veränderungen bei der Verteilung der Gelder gibt, können wir unsere dynamisch wachsenden Aufgaben in Bereichen wie Kinderbetreuung, Pflege, öffentlicher Verkehr und Klimaschutz erfüllen.

Wenn wir die konstruktiven Arbeitskreise aus Bad Ischl – Baukultur, Klima und Budget, Personal sowie Krisenmanagement – Revue passieren lassen, wird klar, dass wir für die künftigen Herausforderungen nicht nur kreative Lösungen brauchen, sondern auch finanzielle Absicherung, rechtliche Klarheit und langfristige Perspektiven.



Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund



Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Rückblick

72. Österreichischer Städtetag in Bad Ischl

12 Feierliche Eröffnung
Vielfalt der Lebenskultur

14 PolitTalk
Städte wollen mehr Cash

16 Resolution
Schwerpunkt Finanzausgleich

18 Hoher Städtetag!
Rede Generalsekretär

20 Arbeitskreis 1
Gute Baukultur

21 Nachschau AK 1
Was muss Baukultur?

24 Arbeitskreis 2
Klima & Finanzen

26 Nachschau AK 2
Klimainvestitionen in Gemeinden

28 Arbeitskreis 3
Personal neu denken



Generalsekretär Thomas Weninger, Bürgermeisterin Ines Schiller, Präsident Michael Ludwig in Bad Ischl

30 Jobs PLUS Ausbildung
Wien geht neue Wege

32 Arbeitskreis 4
Krisenmanagement

34 Podiumsdiskussion
Kultur muss Grenzen überwinden

36 Eindrücke aus Bad Ischl
Der Städtetag in Bildern

Magazin

38 KLIMAserie
Innsbruck

40 KLIMAserie
Villach

42 Fachausschuss
Facility Management in Villach

44 Daseinsvorsorge
„So funktioniert deine Stadt“

46 Kommunale Pionierin
Ottilie Ninaus

47 Erlebnisraum Stadt
Stadtspuren Dornbirn

50 SORA-Studie
Städtebarometer 2023

52 KDZ-Studie
Gemeindefinanzprognose 2023

54 Leonding
Lebendige Innenstadt

56 Bestattung
Der neue Pilzsarg

58 Neue Serie
Partizipation

61 Auskunftsrecht
Datenschutz im Melderecht

Aktuelles aus den Städten 6
Rubrik Recht 43, 45
Finanzen 62
Literatur 64
Zu guter Letzt 66
Vorschau 67
Impressum 67

© Foto: Markus Wache



RAUM FÜR BILDUNG

BG/BRG Gänserndorf
Architektur: Franz&Sue, Foto: Lisa Rastl

BIG

Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ist Expertin für Umbauten, Renovierungen und Erweiterungen von Bildungsräumen. Kreativ und ressourcenschonend bestehende Schulliegenschaften in die Zukunft zu führen gehört zu unseren Aufgaben. Mit dem BG/BRG Gänserndorf wurde aus einer konventionellen Schule aus den 1970er Jahren ein zukunftsweisendes Schulgebäude. Bei diesem Projekt wurde Betonabbruchmaterial wiederverwendet, womit rund 700 LKW-Fahrten eingespart werden konnten. Erdwärme versorgt die Schule mit circa 60 Prozent der benötigten Heizenergie.

www.big.at

Entgeltliche Einschaltung



Paul Ambrozy (ganz r.) am Städtetag 2019 in Rust

Wir trauern

Paul Ambrozy verstorben

Im April verstarb Paul Ambrozy, stellvertretender Landesdirektor der Wiener Städtischen Versicherung AG – Vienna Insurance Group, viele Jahre gewerkschaftlich tätig und Träger des Ehrenzeichens um Verdienste des Landes Niederösterreich. „Paul Ambrozy war ein großer Freund des Österreichischen Städtebundes und war viele Jahre in die Organisation unseres jährlich stattfindenden Städtetages eingebunden“, zeigt sich Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger über den plötzlichen Tod von Ambrozy tief betroffen. „Unsere Anteilnahme – auch all unserer Mitgliedsgemeinden – gilt seiner Familie und seinen Freund:innen“, so Weninger.



Neuer Magistratsdirektor

Zu Besuch bei der „Stimme der österreichischen Städte“

Im Rahmen seiner Dienststellenbesuche kam der neue Wiener Magistratsdirektor Dietmar Griebler auch in das Generalsekretariat des Österreichischen Städtebundes. Griebler machte in den Gesprächen mit den Referent:innen seine Wertschätzung deutlich: „Die Städte sind die Wirtschaftszentren. Alles, was in den Städten geleistet wird, ist Daseinsvorsorge. Das ist Innovation!“ Dazu sei es auch zentral, kompetente Mitarbeiter:innen zu haben, übrigens ein Thema, das aktuell alle Mitglieder massiv beschäftigt. Griebler verwies hier auch auf die Tatsache, dass in einer Stadtverwaltung „sinnstiftende Tätigkeiten“ verrichtet würden, was sie auch am Arbeitsmarkt zu einer interessanten Dienstgeberin mache. Griebler bedankte sich für die unermüdliche Tätigkeit im Interesse der Städte und schloss mit seinem berüchtigten „Weitermachen!“.

MSc-Lehrgang Management & Umwelt

Praxisorientierte Weiterbildung mit Stipendium

Am 6. November 2023 startet der nächste MSc-Lehrgang Management & Umwelt. Die praxisorientierte Weiterbildung ermöglicht Tätigkeiten als

- Umweltmanager:in
- Energieberater:in und -auditor:in (nach § 17 (1) EEffG)
- Abfallbeauftragte:r (nach § 11 AWG 2002).

Ein berufsbegleitender, 4-semestriger Lehrgang mit unmittelbarer Praxiswirkung, ausgewogener Interdisziplinarität, hohem Niveau und teilnehmerorientierten Methoden. Attraktive Stipendien möglich, Information und Anmeldung unter:

www.uma.or.at



© Fotos: Markus Wache, PID/Votava, UMA



Bgm. Klaus Luger, Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer und Univ.-Prof. Helmut Hirtenlehner präsentieren den Studienstart zu Jugendkriminalität im urbanen Raum.

Respect OÖ

Gewaltpräventionskurse für minderjährige Flüchtlinge und Studie zu jugendlichen Mehrfachtäter:innen

Jugendkriminalität stieg in Oberösterreich zuletzt deutlich an. Als Konsequenz auf etwa Ausschreitungen zu Halloween in Linz erarbeitete das Land nun mit Jugendkontaktbeamten der Polizei, Sozialarbeiter:innen und NGO ein präventives „Respekt-OÖ-Paket“. So wurden bereits von der Volkshilfe Workshops für einen respektvollen Umgang und Zivilcourage in sogenannten Brennpunktschulen abgehalten. Streetwork-Angebote wurden aufgestockt, die Ausbildung zu Respekt-Community-Peers gestartet sowie Schulungen für Jugendarbeiter:innen initiiert. Demnächst starten auch verpflichtende Workshops für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Aktuell befinden sich 176 Kinder und Jugendliche ohne Begleitung in der Grundversorgung. In dem dreigeteilten Kurs werden Themen wie Umgang mit Konflikten, Gewalt und Respekt sowie Steigerung der Sozialkompetenz behandelt.

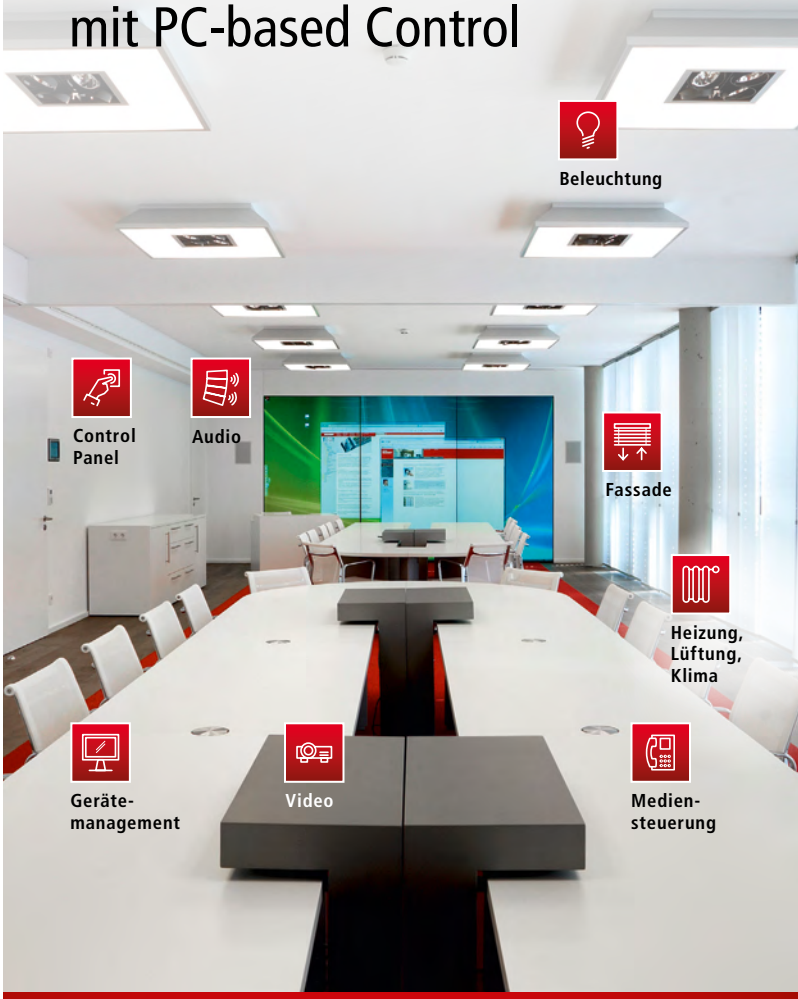
Wie die Zahlen der Landespolizeidirektion zeigen, ist die Zahl der Verdächtigen in Oberösterreich vor allem in der Altersgruppe 6 bis 14 Jahre angestiegen. Waren es 2020 laut Polizei 1.162, betrug die Anzahl 2022 bereits 1.734. Daher haben das Land und der oö. Städtebund das JKU-Institut für Kriminologie beauftragt, die Hintergründe für regelmäßige Gesetzesverletzungen von Jugendlichen zu erforschen, um gezielt Angebote und Gegenmaßnahmen treffen zu können. Oö. Städtebundvorsitzender und Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) sieht die Studie als Beitrag zur „Null-Toleranz-Politik“ gegen Gewalt.

www.staedtebund.gv.at

© Foto: OÖ/Stinglmayr

| MT12-02G |

Medien- und Steuerungstechnik auf einer Plattform: mit PC-based Control



Medientechnik neu gedacht: Als Spezialist für PC-basierte Steuerungssysteme ermöglicht es Beckhoff mit einem umfassenden und industrieerprobten Automatisierungsbaukasten, Multimedia, Gebäudeautomation sowie Entertainmentkonzepte vernetzt und integriert umzusetzen. Mit der modularen Steuerungssoftware TwinCAT und direkter Cloud- und IoT-Anbindung werden alle Gewerke von der A/V-Technik über die Gebäudeautomation bis hin zu Digital Signage Control, Device Management und Condition Monitoring, auf einer Plattform kombiniert. Hinzu kommt die maximale Skalierbarkeit aller Komponenten und die Unterstützung aller gängigen Kommunikationsstandards. So schafft Beckhoff die Grundlage für neue mediale und architektonische Erlebniswelten.

Scannen und die Beckhoff Highlights für die AV- und Medientechnik entdecken



New Automation Technology BECKHOFF



Volkszählung 2021

Ergebnis der Registerzählung bekannt gegeben

Volkszählungen werden in Österreich seit 1754 vorgenommen; seit 2006 erfolgen sie als elektronische Zählungen aus dem Melderegister. Die Volkszählung 2001 war die letzte konventionelle Volkszählung in Österreich, bei der mittels Fragebogen erhoben wurde. Im Juni 2000 beschloss die damalige Bundesregierung, die Zählung 2011 als Registerzählung durchzuführen.

Mit Kundmachung des Bundesministers für Inneres ist gemäß § 7 Abs. 5 des Registerzählungsgesetzes das Ergebnis der Volkszählung 2021 durch die Bundesanstalt Statistik Österreich am 8. 5. 2023 im Bundesgesetzblatt kundgemacht worden (BGBl. II Nr. 142/2023). Die genaue Zahl der einzelnen österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in der jeweiligen Stadt und Gemeinde ist unter folgendem Link einsehbar: www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/II/2023/142.

Die Kundmachung enthält, mit dem Gebietsstand vom 31. Oktober 2021, die Zahl der österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Hauptwohnsitz im Bundesgebiet (Bürgerzahl) sowie die Gesamtzahl der mit Hauptwohnsitz in Österreich lebenden Personen (Wohnbevölkerung), jeweils gegliedert nach Ländern, Regionalwahlkreisen, politischen Bezirken, Verwaltungsbezirken und Statutarstädten, Gemeinden und Wiener Gemeindebezirken.



Sag's Multi: Wir gratulieren!

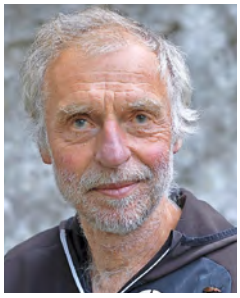
Österreichischer Städtebund seit 2009 Kooperationspartner des mehrsprachigen Rede-Wettbewerbs „Sag's Multi"

Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger gratulierte im Juni bei der Abschlussfeier des mehrsprachigen Rede-Wettbewerbs „Sag's Multi" allen 30 Preisträger:innen. „Sag's Multi" steht seit vielen Jahren nicht nur für die Förderung von Schüler:innen in mehreren Sprachen, sondern auch für eine Breite an Themen, wie etwa Frauen- und Menschenrechte, Klimagerechtigkeit, mentale Gesundheit und Europa. All diese Themen sind Zukunftsthemen oder, besser gesagt, gerade jetzt von enormer Bedeutung, vor allem, wenn es um Frauenrechte, die Gesundheit von Jugendlichen oder den Klimaschutz geht. Deshalb ist der Österreichische Städtebund seit vielen Jahren Kooperationspartner von „Sag's Multi". Insgesamt haben am „Sags'Multi"-Rede-Wettbewerb, der im Jahr 2009 das erste Mal stattgefunden hat, 406 Schüler:innen teilgenommen. Das heurige Motto lautete „Dafür will ich stark sein".

Wir gratulieren!

Als Rentner zum Masterabschluss

Hannes M. Weinzierl, langjähriges Mitglied und Ehrenmitglied der Finanzkommission und ein Vierteljahrhundert Finanzdirektor von Mürzzuschlag, erfüllte sich als Rentner den Jugendwunsch eines Studiums. Am Institut für Geographie und Raumforschung der Karl-Franzens-Universität Graz absolvierte er zunächst das Grundlagenstudium Bachelor Geographie und vertiefte anschließend sein Wissen im Rahmen des Masterstudiums „Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung". Dieses beendete er im Mai 2023. Im Rahmen seiner Masterarbeit zum Thema „Die finanziellen Auswirkungen der Steiermärkischen Gemeindestrukturreform 2015" versuchte er, seine Erfahrung als Gemeindefinanzer und seine universitär erworbenen Kenntnisse zu verbinden. Beide Studien schloss er mit Auszeichnung ab. Bravo Hannes!



Hannes Weinzierl, ehemaliger-Finanzdirektor Mürzzuschlag

© Fotos: Getty Images, www.romanzachkiesling.at, Privat



Schluss mit vorsätzlicher Langeweile.

Bereit für einen Job der dich fordert?
Jetzt bewerben.

SCHIEFER
VERGABE · RECHT · ANWÄLTE









Sämtliche Videos zum Nachschauen finden Sie unter

www.staedtetag.at/archiv/2023/videos/





© Alle Fotos: Markus Wache

Rückblick

72. Österreichischer Städtetag in Bad Ischl













Vielfalt der Lebenskultur

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Städtebund-Präsident Michael Ludwig und Bürgermeisterin Ines Schiller eröffneten den 72. Österreichischen Städtetag in Bad Ischl.

Bei Kaiserwetter kamen die Gäste des 72. Städtetags in bester Stimmung durch den imperialen Kurpark ins Kongress & TheaterHaus. Bürgermeisterin Ines Schiller begrüßte das Publikum im vollen Saal und betonte in Bezug auf den Städtetag: „Ich bin überwältigt, dass über 1.300 Menschen der Einladung nach Bad Ischl gefolgt sind. Mit dem Motto ‚Vielfalt der Lebenskultur' möchten wir zeigen, wie vielfältig unsere Stadt ist; das zeichnet auch die gesamte Region aus. Wir sind eine kleine Stadt, aber Bad Ischl hat immer schon ein bisschen weiter und größer gedacht und sich immer wieder neue Ziele gesetzt. Auch die Kulturhauptstadt 2024 wird uns in den nächsten drei Tagen beschäftigen. Wir haben mit diesem Titel eine große Chance bekommen, die wir gemeinsam mit den 22 Gemeinden nutzen werden."
Städtebund-Präsident Bürgermeister Michael Ludwig ging vor allem auf die aktuellen Herausforderungen der Städte ein und sagte: „Gerade in einer Zeit multipler Krisen, wie den Nachwirkungen von Corona oder dem Ukrainekrieg, ist es wichtig, sich für die Anliegen der Menschen in Städten einzusetzen. Städtische Ballungsräume sind Motoren der Wirtschaft und der Innovation. Wir müssen die zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen der Städte kompensieren. Darum führen wir die Finanzverhandlungen mit dem Bund mit aller Konsequenz, um die Daseinsvorsorge wie etwa Elementarpädagogik, Mobilität oder Gesundheit weiterhin für die Menschen sicherzustellen. Dafür müssen wir den Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern neu definieren und haben diesbezüglich eine fraktionsübergreifende Resolution vorbereitet."
Landeshauptmann Thomas Stelzer betonte noch einmal in Richtung Finanzausgleichsverhandlungen: „Ich habe einen sehr klaren Blick darauf, wo die Steuermittel herkommen, aus den Städten und Gemeinden – sie schauen, dass der Wirtschaftsmotor läuft. Wir zahlen in die gemeinsame Kasse, wie es die Verfassung vorsieht, ein. Für uns ist klar, wir haben noch einiges zu tun, aber wir sitzen auf der gleichen Seite des Verhandlungstisches (Anm. FAG-Verhandlungen)."
Stelzer bedankte sich auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern: „Der Berufswunsch Politiker:in ist nicht unter den Top 3, aber die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen, was die Menschen bewegt. Danke schön, dass sie die ersten sind, die die Köpfe hinhalten."
Innenminister Gerhard Karner zielte in seiner Rede auf gelungene Vorhaben wie die Wahlrechtsreform und die Unterstützung Hilfsbedürftiger in und aus der Ukraine ab: „Hier möchte ich mich bei allen bedanken, denn wir alle haben ein

© Alle Fotos: Markus Wache



Bürgermeisterin
Ines Schiller, Bad Ischl



Städtebund-Präsident
Michael Ludwig



Landeshauptmann
Thomas Stelzer

gemeinsames Ziel, eine gemeinsame Verantwortung: für die Menschen in diesem Land da zu sein, ein offenes Ohr zu haben und zu helfen."

Wellenbrecher gegen zunehmende Armut

Bundespräsident Alexander Van der Bellen konzentrierte sich auf das Thema Armut in Österreich. „Es kann schnell gehen, insbesondere bei der Kumulation persönlicher Krisen. Rund 200.000 Personen in Österreich sind akut von Armut betroffen. Die Bürgermeister:innen kennen die Situation der Menschen am besten. Und sie tragen eine sehr große Verantwortung. Ich bin ihnen dankbar für alle Anstrengungen, die sie für ihre Städte und alle, die dort leben, unternehmen. Gemeinsam ist so viel schaffbar! Die Menschen in unserem Land brauchen engagierte Politiker:innen, die gezielt gegen die Teuerung ankämpfen und gezielt Wellenbrecher gegen die Armut aufstellen. Niemand soll auf der Strecke bleiben. Ich weiß, gemeinsam ist das möglich!"
Unter den Ehrengästen konnten wir auch Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion – Die Daseinsgewerkschaft, und Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und ÖGB-Frauenvorsitzende, begrüßen.



Innenminister
Gerhard Karner



Bundespräsident
Alexander Van der Bellen



Städte wollen „mehr Cash“

Eine prominent besetzte Talkrunde sprach im Rahmen der Eröffnung über die aktuell dringlichsten Themen der Städte und Gemeinden.

Nach der feierlichen Eröffnung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen diskutierte eine hochkarätig besetzte Talkrunde mit Verfassungsministerin Karoline Edtstadler, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Städtebund-Präsident Michael Ludwig, Städtebund-Vizepräsident Klaus Luger (Linz), Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Bürgermeisterin Ines Schiller (Bad Ischl) und Weltmusiker Hubert von Goisern über die aktuell größten Herausforderungen der Städte und Gemeinden – moderiert von Günther Madlberger aus dem ORF-Landesstudio Oberösterreich.

Forderungen an den Finanzausgleich 2024: „mehr Cash“

Der Linzer Bürgermeister und Vizepräsident des Städtebundes Klaus Luger bezog sich auf die aktuellen Finanzausgleichs-Verhandlungen: „Wir sind massiv mit der Urbanisierung und dem ökologischen Umbau konfrontiert – außerdem fordern uns der Bildungsbereich, die Digitalisierung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. In all diesen Bereichen brauchen wir Investments und einen strukturell verbesserten Finanzausgleich. Unsere Aufgaben sind gestiegen, der Druck ist höher. Wenn man will, dass wir die Aufgaben lösen, brauchen wir einfach mehr Cash!“

Städtebund-Präsident Michael Ludwig betonte: „Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Menschen bei der Teuerung zu entlasten und die Inflation zu dämpfen. Der Bund muss den Städten und Gemeinden aber auch entgegenkommen. Darum fordern wir eine vertikale Verteilung der Mittel.“

Städte und Gemeinden, Regionen und Europa

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig setzte strategisch auf drei Schwerpunkte: zum einen auf die Daseinsvorsorge, zum anderen auf starke Regionen, die auch Arbeitsplätze schaffen, und zuletzt auf Nachhaltigkeit und Lebensmittelproduktion, Stichwort Bodenschutz. Er kündigte eine Dialogplattform und eine neue „Leader“-Förderschiene mit zusätzlichen Impulsen für die Zusammenarbeit an, denn: „Wir wissen: Geht’s den Regionen besser, geht’s auch den Städten besser.“

Verfassungsministerin Karoline Edtstadler sprach über die Initiative der EU-Gemeinderät:innen: „Europa ist nicht in Straßburg und nicht in Brüssel, Europa ist dort, wo die Menschen Anliegen haben. Daher geht es auch darum, sich zu vernetzen und zu wissen, wie man Gelder abholen kann. Denn ohne Geld funktioniert die Gemeinde nicht, und ohne Gemeinde funktioniert der Staat nicht.“

Kulturhauptstadt 2024 als Chance

Das Abholen von Geld sei auch in der Kultur essenziell, betonte die Bad Ischler Bürgermeisterin Ines Schiller: „Kultur ist

© Alle Fotos: Markus Wache



Minister Karner, Minister Totschnig und Bürgermeisterin Schiller



Ministerin Karoline Edtstadler, Weltmusiker Hubert von Goisern, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Bürgermeister Kurt Luger

Begegnung, und die brauchen wir, das haben wir während der Corona-Pandemie erfahren. Dafür benötigen wir aber auch das nötige Geld. Als Kulturhauptstadt 2024 wollen wir ein Vorzeigeprojekt für ganz Österreich sein und unsere Chance nutzen."

Weltmusiker Hubert von Goisern über die künftige Kulturhauptstadt 2024: „Das ist eine große Aufgabe, nicht nur eine Chance. Kulturhauptstadt muss man werden wollen. Natürlich gibt es Gegenwind, aber als Segler sage ich: ‚Auf der Kreuz zu fahren ist viel spannender als vor dem Wind'."

Frauen und Kinderbetreuung

„Es wird eine bessere Politik, wenn es mehr Frauen in der Politik gibt", ermutigte Bürgermeisterin Ines Schiller Frauen, in die Politik zu gehen. Ministerin Edtstadler pflichtete ihr bei: „Es braucht beide Blickwinkel, auch in der Politik." Schiller weiter: „Einer Frau in diesem Amt wird es nicht immer leicht gemacht. Dazu müssen Frauen zu 80 Prozent Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren."

Landeshauptmann Thomas Stelzer betonte zu diesem Thema: „Kinderbetreuung ist ein Thema, bei dem wir noch besser werden müssen, das ist aber auch eine Personalfrage. Wir haben in Oberösterreich mit der Gewerkschaft ein Paket ausverhandelt, um die Rahmenbedingungen, wie etwa Gruppengrößen, zu verbessern. Wichtig ist das Image: Kindergärtner:in ist ein Zukunftsberuf!"

Personalfragen sind auch Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl ein Anliegen: „Um den Fachkräftemangel abzubauen und die besten Köpfe zu gewinnen, müssen Städte und Gemeinden bessere Rahmenbedingungen schaffen, die Arbeitsplätze attraktivieren und Strukturen besser nutzen."



Bürgermeister Kurt Luger, Generalsekretär Thomas Weninger

Parteiübergreifende Einigkeit bei Resolution

Die Resolution zum Finanzausgleich wurde einstimmig beschlossen.

Donnerstag, 1. Juni, hat die Vollversammlung aller stimmberechtigten Delegierten des Österreichischen Städtebundes unter dem Vorsitz von Bürgermeister Klaus Luger (Linz) getagt. Dabei wurden statutarische Beschlüsse, wie insbesondere die Neuwahl der Gremien des Österreichischen Städtebundes, gefasst und die Resolution des 72. Städtetages parteiübergreifend und einstimmig beschlossen. Schwerpunkt der diesjährigen Resolution sind die laufenden Verhandlungen über den Finanzausgleich ab 2024.

Die Forderungen des Städtebundes im Detail

1. Der Österreichische Städtebund fordert die Berücksichtigung der unterschiedlichen Dynamiken in den Aus- und Aufgabenbereichen der Gebietskörperschaften und eine Anpassung der vertikalen Verteilung, um die Finanzierbarkeit der kommunalen Leistungserbringung abzusichern.
2. Der Österreichische Städtebund unterstützt daher die Forderung der Landesfinanzreferent:innen vom 5. Mai 2023 nach einem Schlüssel von 14,55 % für die Gemeinden und 24,959 % für die Länder.
3. Der Österreichische Städtebund fordert einen Ausgleich der Mindereinnahmen aufgrund der gesetzten steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes.

© Foto: Markus Wache

4. Der Österreichische Städtebund fordert die Sicherstellung der langfristigen Finanzierbarkeit der Bereiche Pflege, soziale Absicherung, Krankenanstalten, Elementarpädagogik und Ganztagsschulen.
5. Der Österreichische Städtebund fordert ein Unterlassen der Aushöhlung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, indem neue Einnahmequellen immer auch als gemeinschaftliche Bundesabgaben definiert werden (z. B. CO2-Abgabe).
6. Der Österreichische Städtebund fordert die Stärkung der kommunalen Abgabenautonomie, insbesondere durch Umsetzung einer Grundsteuerreform.
7. Der Österreichische Städtebund fordert die kontinuierliche Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Aufgaben der Gemeinden im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung, insbesondere für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.
8. Der Österreichische Städtebund fordert eine über den 31. Dezember 2023 hinausgehende, verfassungskonforme und insbesondere unbefristete Verlängerung der Schwellenwerteverordnung sowie eine adäquate Inflationsanpassung der darin vorgesehenen Schwellenwerte. Gerade in Zeiten knapper finanzieller und personeller Ressourcen stellt die Schwellenwerteverordnung eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für alle Beteiligten dar und kommt insbesondere regional orientierten Klein- und Mittelbetrieben zugute.

Die gesamte Resolution sowie weitere Informationen zum Städtetag: www.staedtebund.gv.at/organisation/oesterr-staedtebund/positionen bzw. www.staedtebund.gv.at/staedtetag.

POSITIONSPAPIERE

Es wird zudem auf die ausführlichen Positionspapiere zu folgenden Themen verwiesen: Gesundheit und Pflege, Öffentlicher Verkehr, Elementarpädagogik, Ganztagsschule, Klima und Grundsteuer. Die Positionspapiere beruhen inhaltlich auf den Resolutionen vergangener Städtetage sowie aktuellen Diskussionen in der Geschäftsleitung und den Fachausschüssen. Sie fassen die wichtigsten Forderungen nicht nur für den Finanzausgleich, sondern auch darüber hinaus, etwa für kommende Regierungsverhandlungen, zusammen.

Die Positionspapiere finden Sie hier: www.staedtebund.gv.at/fag2024



Hoher Städtetag!

Die leicht gekürzte Rede von Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger

In einer Zeit anhaltender Krisen – eigentlich sind wir ja seit 2007 im permanenten Krisenmodus – scheint es schwierig, positive Botschaften zu vermitteln, zumal diese Krisen von der Corona-Pandemie über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis zum Klimawandel auch vor Ort unmittelbar spürbar werden und spürbar sind.
Stadtverwaltung hat in diesen Zeiten mit dem, was Verwaltung im eigentlichen Sinn bedeutet, nicht mehr viel zu tun, oft enden unsere Aufgaben nicht an den Grenzen der Stadt, sondern gehen weit darüber hinaus.
Die globalen Katastrophen brechen wie Wellen über uns herein und verlangen immer auch ein schnelles Handeln auf kommunaler Ebene. Daher müssen wir Städte mehr sein als die Summe unserer Krisenstäbe – unsere Aufgabe besteht auch darin, Entwicklungsmöglichkeiten und neue Perspektiven nicht nur zu erkennen, sondern auch voranzutreiben.
Trotz dieser hohen Aufgabenlast und der vielfältigen Herausforderungen wollen sie, wollen wir Kommunalen die Zukunft gestalten, die Zukunft gestalten für und mit unseren Bürgerinnen und Bürgern.

Grundfeste der Demokratie

„Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde“ – so stand es bereits im Gemeindegesetz 1849 und daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir Kommunalen sind die Grundfeste unserer Demokratie, wir sind mit all unseren kommunalen Leistungen das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts, des Miteinanders und Nebeneinanders – so wie dies der Wittgensteinpreisträger Konrad Paul Liessmann in seiner Festrede bei unserem Städtetag 2010 in Villach formuliert hat.
Unsere Leistungen sind nicht Selbstzweck, sondern gesellschaftspolitischer Auftrag und gesellschaftspolitische Aufgabe – und dafür brauchen wir GELD!



Keine Almosen

Und wenn auch der Finanzminister in den aktuell laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich gönnerhaft darauf hinweist, dass unsere Jahresabschlüsse 2022 doch ganz gut waren, so vergisst er zu erwähnen, dass, wenn unsere Jahresabschlüsse gut waren, wohl auch beim Bund die Steuereinnahmen deutlich höher waren, als noch bei Erstellung des Voranschlages 2022 prognostiziert.
Es geht im Finanzausgleich nicht um das Zuteilen von Almosen, sondern um die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden, damit jede Gebietskörperschaft die ihr gemäß Bundesverfassung zukommenden Aufgaben auch entsprechend erfüllen kann.
Den Städten und Gemeinden sowie den Ländern sind für die Besorgung der ihnen kompetenzrechtlich zukommenden Aufgaben die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit nicht überschritten werden. Diese Aufgabenorientierung findet sich sinngemäß in (Paragraph 4) der Finanzverfassung.

Aufgabenbereiche unter Druck

Aktuelle Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes sowie des Fiskalrates haben deutlich und faktenbasiert dargelegt, dass die von den Gemeinden kompetenzmäßig zu erbringenden Aufgabenbereiche bereits in den letzten Jahren finanziell spürbar an Umfang zugenommen haben.
Diese Zunahme wird nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren weiterhin in unseren Budgets ihren Niederschlag finden. Wir reden hier von den besonders dynamischen Aufgabenbereichen Kinderbetreuung, Schulen, Soziales, Pflege und Gesundheit sowie den unabdingbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs gerade in Stadtregionen.
Hinzu kommt, dass, wie Berechnungen des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung zeigen, 2023 die Ausgaben doppelt so stark steigen werden wie die Einnahmen. Die ohnehin schon stark angeschlagene Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge gerät zusätzlich unter Druck.

© Foto: Markus Wache

Klimaschutz – Club of Rome

Ich muss an dieser Stelle auch die unzweifelhaft wohl größte gegenwärtige und zukünftige Herausforderung, die Bewältigung des Klimawandels, ansprechen.
Gerade beim Klimaschutz und bei der Klimawandelanpassung stehen Städte und Gemeinden vor weiteren Aufgaben mit hohem Investitionsbedarf. Ohne deutliche finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden werden wir es nicht schaffen, werden wir weder die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung einschließlich des Gebäudebereiches – wir haben rund 55.000 Gebäude im Eigentum von Städten und Gemeinden – noch die Verkehrswende – den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs – schaffen. Der Club of Rome hat 2022 50 Jahre nach seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ einen Survivalguide für unseren Planeten, Earth for All, herausgegeben. Dies ist eine unbedingte Leseempfehlung!
Darin werden fünf außerordentliche Kehrtwenden als Grundvoraussetzung für die Bewältigung des Klimawandels, des – ich zitiere – „planetaren Notstandes, den wir selbst verursacht haben“, dargestellt. Alle inhaltlichen Themen dieser Kehrtwenden finden sich übrigens auch in den 17 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen. Österreich hat an der Ausarbeitung dieser 17 Ziele nicht nur mitgearbeitet, sondern diese auch ratifiziert. Haben Sie in letzter Zeit dazu von Bundesebene etwas gehört?
Eine der fünf Kehrtwenden ist jedenfalls anzusprechen – und dies wird jetzt manchen überraschen: Es ist die Ermächtigung (Empowerment) der Frauen auch durch Investitionen in Bildung für alle. Zitat: „Die Überwindung des eklatanten Machtgefälles zwischen den Geschlechtern.“ Entspricht übrigens dem Ziel 5 „Geschlechtergleichheit“ der SDGs.

Jetzt handeln!

Klar ist, wir müssen deutlich an Tempo zulegen! Und wir müssen jetzt damit beginnen. Der jüngste Bericht des Umweltbundesamtes hat dies klar und deutlich für Österreich zum Ausdruck gebracht. Umso unverständlicher ist es, dass der Bund in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen zum Thema Klima einzig die Aufteilung der Strafzahlungen bei Verfehlen der auch von Österreich zugesagten Klimaziele thematisiert hat.
Statt Strafzahlungen ist es doch allemal besser und vernünftiger, sogenannte Zukunftsinvestitionen – eine aktuelle Empfehlung des Fiskalrates – zu tätigen, also Investitionen in die Dekarbonisierung unserer Energiesysteme und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, aber auch in die sozialen Infrastrukturen und vor allem in die Bildung, für Mädchen gleichermaßen wie für Burschen.
Denn, so die namhaften Autorinnen und Autoren des Club-of-Rome-Berichtes, „das bedeutendste Problem ist unsere kollektive Unfähigkeit, zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden.“
Und währenddessen vergeht viel Zeit, die wir nicht mehr haben.

Vertikale Verteilung gehört geändert

Basierend auf diesen soeben skizzierten Überlegungen fordert der Österreichische Städtebund im Rahmen der aktuell laufenden Finanzausgleichsverhandlungen eine neue vertikale Verteilung zugunsten der Städte und Gemeinden und der Länder.
Noch hält die gemeinsame Verhandlungsposition von Ländern, Gemeindebund und Städtebund.
Ich lade daher alle ein, ja ich appelliere daher von dieser Stelle aus an alle unsere kommunalen Politikerinnen und Politiker, sich in ihren jeweiligen politischen Funktionen dafür einzusetzen, dass die vertikale Verteilung zugunsten der Städte und Gemeinden sowie der Länder angepasst wird.
Nur dies wird gewährleisten und sicherstellen, dass auch in der nächsten Periode des Finanzausgleichs alle kommunalen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger auf dem gewohnt hohen Niveau erbracht werden können und auch die Herausforderungen des Klimawandels gemeinsam angegangen und bewältigt werden können. Letzteres ist alternativlos.

Für schnee- und eisfreie Verkehrsflächen zu sorgen war in Österreich noch nie einfacher!



Die Bundesbeschaffung GmbH hat ihr Sortiment um Europas führende Winterdienstgeräte erweitert: Die Schmidt Streugeräte der Stratos Baureihe sowie die Schneepflug Modell-Serien Tarron, Cirron und KL-V für vielseitige Einsätze.
Informieren Sie sich jetzt über Vorteile und Leistungsmerkmale der Winterdienstgeräte und profitieren Sie von der smarten, günstigen und rechtssicheren Beschaffung über die BBG.

Aebi Schmidt Austria GmbH
Schießstand 4 | 6401 Inzing
www.aebi-schmidt.com/austria

PARTNER BUNDESBESCHAFFUNG BBG

aebi schmidt group

Gute Baukultur zur Bewältigung der Klimakrise

Arbeitskreis 1 zu schützenswerter Bausubstanz, Innenstadtentwicklung und Bodenschonung

Ein Arbeitskreis am Städtetag in Bad Ischl beschäftigte sich damit, wie gute Baukultur die Ortskerne stärken, das Klima schonen und den Bodenverbrauch verringern kann.
Unter der Moderation von Wolfgang Gerlich (PlanSinn) diskutierten Christoph Bazil, Präsident des Bundesdenkmalamtes, Renate Hammer vom Wiener Institute of Building Research & Innovation, Elisabeth Leitner vom Verein Landluft, Eva Maier, Leitung Baukultur & Handwerk „Kulturhauptstadt Bad Ischl - Salzkammergut 2024“, Sophie Ronaghi-Bolldorf, Architektin und Vorsitzende Ausschuss Bauordnung in der Kammer der ZiviltechnikerInnen Wien, Niederösterreich und Burgenland, und Richard M. Weitzer, Baudirektor und Welterbebeauftragter der Stadt Krems.

Respekt vor Ressourcen

Christoph Bazil, Präsident des Bundesdenkmalamtes, hob hervor, dass Denkmalschutz und Baukultur wie „Geschwister“ seien, die zwar manches trennt, die aber vieles gemeinsam haben: „Gemeinsam ist ihnen jedenfalls die generationenübergreifende Perspektive und der Respekt vor der Endlichkeit unserer Ressourcen, die eine Voraussetzung für Qualität und Nachhaltigkeit sind.“

Architekturpreise

Dass das Zusammenspiel des historisch Gewachsenen mit hochstehender zeitgemäßer Architektur möglich ist, zeigt laut Bazil auch die Initiative des BMKÖS „Best of Austria“, die Zusammenstellung aller österreichischen Architekturpreise.
„Gute Architektur ist nachhaltig!“, postulierte auch die Architektin Sophie Ronaghi-Bolldorf: „Gute Baukultur schafft nachhaltige Werte. Sie entsteht durch einen durchgehenden, zukunftsorientierten und begleitenden Planungsprozess, der auf guten Grundlagen und Rahmenbedingungen aufbaut. Architekturwettbewerbe sind das erprobte Verfahren, um die beste Lösung zu finden und zu legitimieren. Mit Kreativität und Expertise sind Architekten und Ingenieurkonsulenten zum Wohl der Allgemeinheit Träger der Baukultur.“

Politikfeld Baukultur

Renate Hammer vom Institute of Building Research & Innovation hob hervor, wie wichtig eine entsprechende Politik für gutes Leben und Wirtschaften ist: „Baukultur ist ein wesentliches Politikfeld, dem es sich mit entsprechender Verantwortung und Intensität zu widmen gilt. Durch Baukulturpolitik ist in weitreichendem Maß gesellschaftliches Gestalten möglich.“ Und Hammer weiter: „Entzieht man sich dieser herausfordernden Aufgabe, entwickelt das Bauen tatsächlich und manifest zentrifugale Kräfte. Das reicht von nicht leistbarem Wohnen bis zur Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch ausufernde Inanspruchnahme von Boden.“
Der Verein Landluft setzt sich seit mehr als 20 Jahren für Baukultur in ländlichen Räumen ein. Vorsitzende Elisabeth Leitner erklärte: „Baukultur beschreibt die qualitätsvolle Gestaltung unseres Lebensumfeldes. Das betrifft uns alle und deshalb ist es auch so wichtig, Bürger:innen zu involvieren. Mit guten Beispielen kann man aufzeigen, was alles möglich ist, und dadurch anderen Lust machen, sich zu engagieren. Wir müssen unseren Boden g’scheit nutzen und deshalb endlich umbauen statt neu bauen.“

Kulturhauptstadt als Chance

Eva Maier, die den Bereich Baukultur & Handwerk „Kulturhauptstadt Bad Ischl - Salzkammergut 2024“ leitet, freute sich, dass das „Kulturhauptstadt Europas“-Format nun die Gelegenheit bietet, gemeindeübergreifend und in internationalem Austausch intensiv über sämtliche Fragestellungen der regionalen Baukultur nachzudenken. „Das umfasst ein breites Spektrum, angefangen vom Umgang mit Bestand und vorhandenen Materialien über das Thema Wohnen in einer Tourismusregion bis hin zum Umgang mit ökologischen Ressourcen, nicht zuletzt dem Boden.“
Als Baudirektor der Stadt Krems setzt Richard M. Weitzer seit zehn Jahren auf eine besonders qualitätsvolle Stadtentwicklung unter Einbindung aller Interessensgruppen, denn so Weitzer: „Geschützten Baubestand in Wert zu setzen braucht Hirnschmalz und Dialogbereitschaft aller Beteiligten, keine fertig durchgearbeiteten Projekte.“.



Alexander Lesigang, Reinhard M. Weitzer, Sophie Ronaghi-Bolldorf, Christoph Bazil, Elisabeth Leitner, Eva Mair, Renate Hammer, Wolfgang Gerlich und Stephan Auer-Stüger

Gute Baukultur ist …?

Reflexion der Diskussion zu Baukultur am 72. Städtetag in Bad Ischl

Renate Hammer, Architektin und GF[in] des Wiener Institute of Building Research & Innovation,
Wolfgang Gerlich, Urbanist, Landschaftsplaner und Moderator, Büro PlanSinn

Die kritische Beschäftigung mit der Frage nach guter Baukultur führt – von der Auseinandersetzung mit dem Begriff an sich über den vielfältigen Fachdiskurs bis hin zum Ausdruck unmittelbarer individueller Betroffenheit – zu oft recht unterschiedlichen und nicht selten widersprüchlichen Ergebnissen. Klar ist, dass sich aus der Kultur des Bauens faktische, lebensreale Bedingungen mit einem weitreichenden Maß an gesellschaftlicher Bedeutung ergeben. Welche Antworten finden die Teilnehmer:innen des Städtetags, die gestaltende Verantwortung für das Bauen in den Kommunen tragen?

Die gewichtete Abfrage unter den Anwesenden stellt drei Begriffe ins Zentrum: Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Wichtigkeit. Es wird ersichtlich, dass dem „Wie" und „Wo" wir neu bauen, umbauen, rückbauen, sanieren oder auch bewusst auf das Bauen verzichten, für den Erhalt beziehungsweise die Etablierung von Lebensqualität und im Hinblick auf den Klimaschutz höchste Bedeutung zugemessen wird.

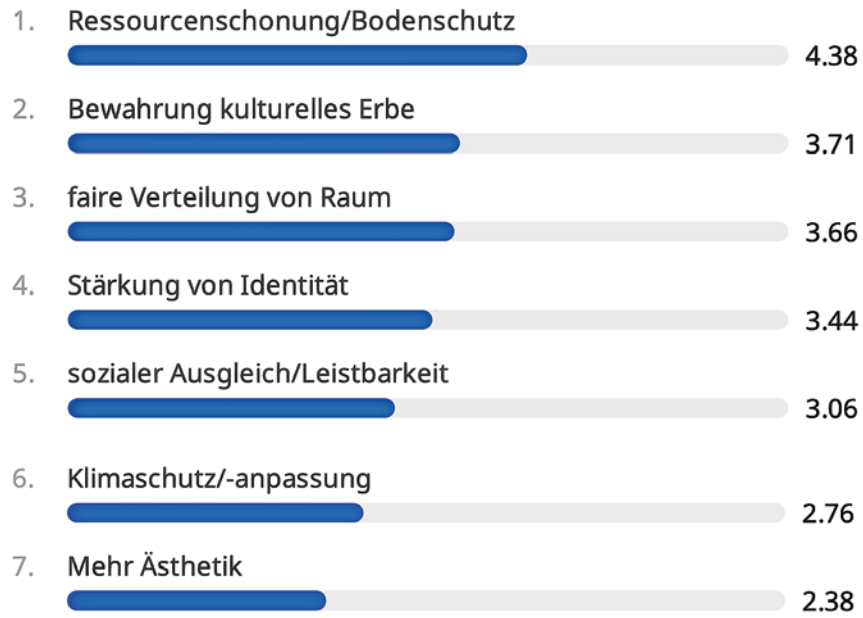
Die Potenziale guter Baukultur

Befragt nach den wichtigsten Potenzialen guter Baukultur für die Städte führen die Verantwortungsträger:innen im Saal mit doch deutlichem Abstand die Schonung von Ressourcen und den Bodenschutz an. Es wird klar, dass das Problembewusstsein hoch ist, auch entsprechende Vorhaben werden formuliert und bereits vorgenommene Planungen beschrieben. Herausforderung besteht jedoch häufig in der Umsetzung. Im Zuge der Diskussion wird klar, dass eine baukulturelle Gesamtbetrachtung gelingen muss, die einen starken Fokus auf die Raumordnung, die Flächenwidmung und auch auf die Gestaltung von Mobilität legt. Demnach gilt es, das in Österreich bestehende Instrumentarium zum Bodenschutz konsequenter anzuwenden, etwa die Vertragsraumordnung oder die Baulandmobilisierung. Hier wäre eine wirksame gesamtösterreichische Bodenstrategie natürlich sehr nützlich.

In ihrem Potenzial etwa gleichauf werden die faire Verteilung von Raum und die Bewahrung des kulturellen Erbes eingeschätzt. Entsprechende Aufmerksamkeit ist auf die Gestaltung des öffentlichen Raums als barrierefreier, sicherer und nutzungsoffener Ort des gesellschaftlichen Miteinanders abseits von Konsumzwängen zu richten. Der Umgang mit dem baukulturellen Erbe wurde durchaus pragmatisch diskutiert. So verstärkt sich zwar das Spannungsfeld zwischen den Ansprüchen des Bewahrens der historischen, künstlerischen und kulturell bedeutenden Substanz und den lebenspraktischen Ansprüchen, etwa an die Erzeugung von Energie durch Kollektoren an geschützten Gebäuden, es gelingen

© Foto: Chris Gitl

Ergebnisse der Publikums-Abfrage:
„Was sind die wichtigsten Potenziale von guter Baukultur für Städte aus Ihrer Sicht?“



aber auch gute individuelle Lösungen für den Umgang mit diesen Zielkonflikten bestätigt auch Christoph Bazil, Präsident des Bundesdenkmalamtes.

Barrieren und ihre mögliche Überwindung

Als größte Barrieren für die Realisierung gelungener Baukultur sehen die Teilnehmenden neben den Budgets vor allem fehlendes Wissen und Kompetenzen, aber auch Probleme im Zusammenwirken über die Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden.
Dabei geht es um die Qualität von Abläufen, Verfahren und die Professionalität der Planung ebenso wie um die Finanzierung von Problemanalysen, geeignete Prozesse zur Lösungsfindung, die Schaffung von Akzeptanz bis hin zur entsprechenden Umsetzung konkreter baulicher Maßnahmen. Hier gilt es, von guten Beispielen zu lernen. Einen vielfältigen Zugang dazu ermöglichen die Angebote des Vereins Landluft, der seit Jahren gute Baukultur in Österreich und die dafür Verantwortlichen vor den Vorhang holt, wie die Vorsitzende des Vereins, Elisabeth Leitner, ausführt.

Am Beispiel der Sanierung der gotischen Gozzoburg inmitten des mittelalterlichen Stadtkerns von Krems formuliert es Reinhard M. Weitzer, Baudirektor und Welterbebeauftragter der Stadt Krems, so: „Um in Wert zu setzen, braucht es keine fertigen Konzepte, sondern Hirnschmalz. Baukultur bedeutet Nutzbarmachen auf einem hohen Niveau, und dazu braucht es die Bereitschaft, sich auf Prozesse und Dialog einzulassen.“ Die Kammer der Ziviltechniker:innen bietet zu Verfahren kostenlose Beratung in den jeweiligen Länderkammern an und betreut Wettbewerbe, wie Kammervertreterin Sophie Ronaghi-Bolldorf anmerkt. Eva Maier, die im Rahmen „Kulturhauptstadt Bad Ischl – Salzkammergut 2024“ den Bereich Baukultur & Handwerk verantwortet, führt aus, dass die Aktivierung von Leerstand ein wichtiger Schwerpunkt und damit ein baukultureller Impuls im Schwerpunktjahr für das Salzkammergut sein wird.
In der Rundschau zu guten Beispielen für gelungene Baukultur wurde deutlich, dass vor allem der gezielte Einsatz von Qualitäts-Instrumenten geeignet ist, Baukultur voranzubringen: Dazu gehören etwa Baukulturelle Leitlinien als Rahmen und Orientierung, Gestaltungsbeiräte, Wettbewerbe oder Bürger:innenbeteiligung. Gerade diese Instrumente brauchen aber nicht nur politischen Willen, sondern auch Wissen und entsprechende finanzielle Ressourcen. Hier herrscht bei den Städten Einigkeit, dass eine Förderung durch Bundesmittel, etwa nach dem Vorbild der in Deutschland seit 50 Jahren erfolgreichen „Städtebauförderung“ zielführend sein kann. Diese wird seit einigen Jahren in Österreich intensiv diskutiert, unter anderem zuletzt im Rahmen der ÖROK-Partnerschaft „Raum für Baukultur“, wo unter dem Lead des BMKÖES und des Landes Kärnten ein Kooperationsmodell für die mögliche Umsetzung eines solchen Instruments zwischen Bund, Ländern und den Kommunen ausgearbeitet wurde. Ziel wäre es, sowohl Mittel für die Vorbereitung und Umsetzung qualitätsvoller Planungsprozesse als auch Unterstützung in der baulichen Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Dies aber stets an klare und transparente Qualitätskriterien gebunden. Darüber hinaus sollte ein solches Modell auch die sinnvolle Verknüpfung der vielfältigen Fördermöglichkeiten erleichtern, indem durch eine Ansprechstelle im Land ein „integriertes Fördermanagement“ ermöglicht wird, durch das die Kommunen in der Abwicklung beraten und entlastet werden.

Wir alle machen Baukultur – uns alle betrifft Baukultur!

Ganz klar ist geworden, dass Baukultur nur gelingt, wenn man sich ihr aktiv widmet. Entschlägt man sich durch Untätigkeit, entwickelt das Bauen tatsächlich und manifest zentrifugale Kräfte entlang der Durchsetzungsmacht subtiler oder auch offensichtlicher Interessen. Das reicht bis zur Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch Uferlosigkeit an Belastung und Inanspruchnahme durch Gebautes. Heute ist Baukultur auch Planungskultur, Umbaukultur und Beteiligungskultur. Vor diesem Hintergrund gilt es, die eigene Sicht kritisch zu überprüfen und vielleicht an dem einen oder anderen Paradigma zu rütteln. Oder es umzubauen.

© Grafik: Plansinn



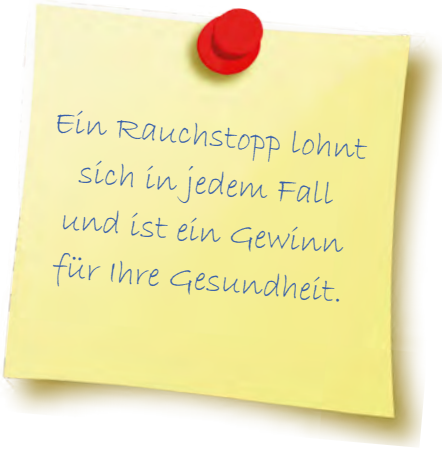
ENDLICH RAUCHFREI mit der BVAEB

Sind Sie mit Ihrem Rauchverhalten unzufrieden und wollen was daran ändern?
Nützen Sie unsere kostenlosen Unterstützungsangebote – mit Hilfe gelingt der dauerhafte Ausstieg leichter!

☞ Präventionsberatung „Gesund informiert zu Rauchen und Nikotinkonsum“
Eine Expertin oder ein Experte beantwortet alle Fragen zum Thema (Nicht)Rauchen und Nikotinkonsum. Sie erhalten unverbindlich Informationen über verschiedene Möglichkeiten, die Sie beim Aufhören unterstützen. Die Beratung findet per Telefon oder auf Wunsch online statt.

☞ Online Tabakentwöhnung
Fünf Gruppentermine im wöchentlichen Abstand werden von einer Tabakexpertin oder einem Tabakexperten angeleitet. Sie können daran bequem von zu Hause aus teilnehmen.

☞ Stationäre Tabakentwöhnung
Das Programm „Rauchfrei in 20 Tagen“ in der Gesundheitseinrichtung Josefhof richtet sich an stark abhängige Raucher*innen.



Nehmen Sie Ihren Rauchstopp in Angriff!

Nähere Informationen und Anmeldung: www.bvaeb.at/rauchfrei



DIE SEELISCHE GESUNDHEIT im Blick

„Gesund sein“ heißt sich körperlich und seelisch wohl zu fühlen.
Die Frage was uns „stresst“ ist sehr komplex und wird sehr unterschiedlich empfunden. Deshalb ist es wichtig, bewusst auf sein seelisches Wohlbefinden zu achten. Zögern Sie nicht bei Belastungen oder schwierigen Lebenssituationen frühzeitig Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ein Gespräch mit einer Expertin oder einem Experten wirkt entlastend und kann der Entstehung von Krankheiten vorbeugen.

Unser Angebot für Ihre Gesundheit – Die psychologische Sprechstunde der BVAEB

Die **psychologische Sprechstunde** ist für BVAEB-Versicherte eine erste Anlaufstelle für alle Fragen zum seelischen Wohlbefinden. In einem vertraulichen Gespräch geben klinische Psychologinnen und Psychologen eine erste Unterstützung und vermitteln wichtige Informationen, entsprechend Ihrer Fragestellung, Situation oder Lebenslage.

Entscheiden Sie sich für Ihre Gesundheit!

Nähere Informationen und Anmeldung: www.bvaeb.at/beratung

Informieren Sie sich auch über unsere weiteren Präventionsangebote auf: www.bvaeb.at/gv

Finanzausgleich klimafit machen!

Arbeitskreis 2 diskutierte am Städtetag, wie Klima und Budget zusammengehen, welche finanziellen Auswirkungen die Anpassungen an den Klimawandel haben und was im Rahmen der laufenden FAG-Verhandlungen notwendig wäre.

Konkret wurden folgende Fragen erörtert:

- Was können die Städte und Gemeinden zur Zielerreichung in den Sektoren Energie, Verkehr und Gebäude beitragen?
- Wie können Bund und Länder über die Schaffung rechtlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen ein stückweit die Last von den Schultern der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehmen?
- Wie sollten Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden? Welche Maßnahmen müssten speziell im besonders herausfordernden Verkehrsbereich gesetzt werden?
- Durch welche Instrumente und „Spielregeln" könnte das gebietskörperschaftliche Zusammenspiel beim Klimaschutz optimiert werden? Welchen Beitrag leistet der „Agglomerationsfonds" in der Schweiz in dieser Hinsicht?



Patrick Leypoldt, Karoline Mitterer, Andrea Gössinger-Wieser, Jose Delgado, Judith Schwendtner, Jürgen Schneider, Andrea Kaufmann und Eva Linsinger

KDZ-Finanzexpertin Karoline Mitterer ging in ihrem Statement auf die nötige Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems und die derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden ein und forderte, dass Investitionen nach Streichung klimaschädlicher Subventionen in Richtung des öffentlichen Verkehrs und des Umweltverbundes umgelenkt werden müssten: „Die Prognose der Gemeindefinanzen für die nächsten Jahre zeigt leider keine Spielräume für zusätzliche Investitionen in Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Möchte man die Klimaziele ernsthaft erreichen, braucht es hier deutlich mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Zudem steht der städtische öffentliche Verkehr vor enormen Herausforderungen. Einerseits müssen die Fahrzeuge soweit möglich emissionsarm oder emissionsfrei werden, andererseits braucht es hohe Investitionen in den Ausbau der Angebote, um mehr Menschen für den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr zu motivieren."

Patrick Leypoldt, Geschäftsführer des Agglo Basel, betonte in seiner Keynote über den Schweizer Agglomerationsfonds die Relevanz der stadtregional koordinierten Verkehrs- und Raumentwicklungsstrategien, die eine Vorbedingung sind, um die stetig und unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel des Bundes auch abrufen zu können: „Die Agglomeration Basel konnte mit dem Agglomerationsfonds die Leistungsfähigkeit ihrer Verkehrsnetze deutlich ausbauen. Zusätzlich konnten Projekte mit großer Wirkung umgesetzt werden, die unter Umständen viel später oder gar nicht realisiert worden wären. Darunter befinden sich zahlreiche Tram- und Busprojekte, ÖV-Drehscheiben, Fahrradwege, aber auch Straßenprojekte." Leypoldt bezeichnete den Agglomerationsfonds als „Erfolgsinstrument" der Schweizer Verkehrspolitik, der auch über Kantons- und

© Alle Fotos: Markus Wache

sogar Landesgrenzen (Deutschland und Frankreich) hinweg viel bewegt habe. Essenziell wäre, dass sich die Bürgermeister:innen und Regierungsrät:innen innerhalb der Agglomerationen durch den „Druck“ der Agglomerationsprogramme kennengelernt und in ihren Strategien abgestimmt hätten. Das Investitionsvolumen betrug bisher 1,8 Mio. Schweizer Franken.

Jürgen Schneider, Sektionschef im Klimaministerium, betonte mit Blick auf die (nicht nur klimapolitische) Unsicherheit fossiler Energieträger, dass es fiskalische und rechtliche Regelungen brauche, wie Transformation stattfinden soll: „Klimaziele können wir nur gemeinsam erreichen. Gemeinden und Städte sind wichtige Partner:innen, um den Klimaschutz auf lokaler und regionaler Ebene voranzutreiben und konkrete Projekte umzusetzen.“ Es werden ambitioniertere Maßnahmen nötig sein, um den THG-Reduktionspfad einzuhalten als jene, die derzeit bei den Verhandlungen zum Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplans diskutiert werden. Zudem rief er auf: „Die Fördertöpfe des BMKs im Klima- und Energiebereich sind aktuell gut gefüllt, reichen Sie ein und realisieren Sie Ihre Klimaschutzprojekte.“

In einer anschließenden Podiumsdiskussion unterstrich Judith Schwentner, Grazer Vizebürgermeisterin und stellvertretende Vorsitzende des Städtebund-Verkehrsausschusses, die Notwendigkeit eines mehrjährigen, nationalen Agglomerationsfonds nach Schweizer Vorbild und hielt fest: „Die Klimakrise erfordert umfassende Maßnahmen und einen gemeinsamen Kraftakt aller Verantwortlichen. Es ist allerhöchste Zeit für eine Mobilitäts- und Energiewende. Wir treiben diese Wende in Graz mit der Radoffensive, dem Straßenbahnausbau und einem umfassenden Klimaschutzplan entschlossen voran. Dafür müssen Investitionsmittel auf allen Ebenen – Stadt, Land, Bund und EU – bereitgestellt werden. Ich werde hier für jeden Euro kämpfen, weil ich überzeugt bin, dass diese Investitionen der Schlüssel für menschen- und klimagerechte Städte der Zukunft sind.“

Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin der Stadt Dornbirn, erklärte mit Blick auf die tatsächlich von Städten beeinflussbaren THG-Emissionen: „Wir Gemeinden können durch einen Mix aus verschiedensten Maßnahmen im Bereich Energie, Mobilität und Raumplanung erheblich zum Klimaschutz beitragen. Aber nur, wenn es gelingt, auch Unternehmen und private Haushalte durch eine Kombination aus politischen Maßnahmen, finanziellen Anreizen und starker Bewusstseinsbildung mitzunehmen, können die notwendigen Klimaschutzziele erreicht werden. Zudem muss die Klimafinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden klar geregelt sein.“ Der Schweizer Ansatz des Agglomerationsfonds wäre der richtige Weg, auch gemeindeübergreifend etwas zu bewegen.



Bürgermeister Georg Willi, Innsbruck

Andrea Gössinger-Wieser, Klimaschutz-Koordinatorin der Steiermark, betonte die Relevanz von eindeutigen, langfristig planbaren Rahmenbedingungen und darauf abgestimmten Programmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Auch brauche es Klarheit darüber, welche Gebietskörperschaft wofür verantwortlich ist. Die Städte benötigen vor allem Beratung und Orientierung: „Das Land Steiermark unterstützt die steirischen Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Dabei geht es sowohl um finanzielle wie auch fachliche und organisatorische Hilfestellungen. Besonders erwähnenswert ist das steirische Gemeindeservice, das allen Kommunen seit nunmehr zwei Jahren für Klimaanfragen zur Seite steht.“

Jose Delgado, Leitung des Klima-Teams im Bundesministerium für Finanzen, betonte, dass neben förder- auch ordnungspolitische Maßnahmen notwendig sein werden, um die Klimaziele zu erreichen, und unterstrich in dieser Hinsicht die künftig nötige Verknüpfung von Input- und Impactorientierung – beispielsweise über den „Green-Budgeting-Ansatz“, den die Bundesregierung aktuell verfolgt: „Klima- und Budgetpolitik miteinander zu verknüpfen bedeutet, in Zukunft noch genauer auf die Wirkung von Maßnahmen zu achten – nur so haben wir eine Chance, die Ziele des Übereinkommens von Paris kosteneffektiv zu erreichen.“

Karoline Mitterer, KDZ-Finanzexpertin, betonte im Hinblick auf die unumgängliche Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems in Richtung Bund: „Es ist wesentlich sinnvoller, jetzt in den Klimaschutz zu investieren, als später hohe Anpassungskosten zu tragen und Strafzahlungen zu leisten. Daher sollten die aktuellen Verhandlungen genutzt werden, den Finanzausgleich klimafit zu machen und insbesondere Investitionen der Städte und Gemeinden in Klimaschutz und Klimawandelanpassung – etwa mithilfe eines kommunalen Klimainvestitionsfonds – zu sichern.“ Dieser könnte aus freiwerdenden Mitteln nach Streichung klimaschädlicher Subventionen gespeist werden.

Klimainvestitionen in Gemeinden

Klimastrafen und hohe Klimawandelanpassungskosten scheinen unausweichlich. Dabei wäre es wichtig, möglichst rasch in den Klimaschutz zu investieren, um das Schlimmste zu verhindern. Damit Städte und Gemeinden ihren Beitrag leisten können, brauchen sie jedoch geeignete Rahmenbedingungen.

Karoline Mitterer, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung.

Dringender Handlungsbedarf

Gemäß der Effort-Sharing-Verordnung hat sich Österreich zu einer Verringerung der Treibhausgas-Emissionen (ohne Emissionshandel) um 48 Prozent bis 2040 ausgehend von 2005 verpflichtet. Da ein Beschluss des Klimaschutzgesetzes bisher noch nicht gelungen ist, fehlt jedoch eine innerstaatliche Konkretisierung. Dies betrifft einerseits Vorgaben für einzelne Sektoren, andererseits die Abstimmung der Maßnahmen zwischen den drei Gebietskörperschaftsebenen.
Dennoch ist klar, dass Städte und Gemeinden ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten müssen und auch wollen. Insbesondere in den Sektoren Energie, Verkehr und Gebäude bestehen große Potenziale.

Kosten des Nicht-Handelns werden kommen

Vielerorts wird diskutiert, ob sich die Investitionen in den Klimaschutz rentieren. Dem muss entgegengehalten werden, dass auch das Nichtstun ganz schön teuer sein wird. Eine Studie des Wegener Centers[1] bezifferte die Kosten des Nichthandelns auf 15 bis 20 Mrd. Euro p. a. Allein die wetter- und klimabedingten Schäden, welche aktuell rund 2 Mrd. Euro p. a. betragen, könnten bis 2050 auf bis zu 12 Mrd. Euro p. a. ansteigen.
Hinzu kommen Kosten für Zertifikatskäufe bzw. Strafzahlungen, wenn die vereinbarten Zielpfade nicht erreicht werden. Der Rechnungshof[2] rechnet hier mit bis zu 9 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht ist daher ein rasches Investieren in den Klimaschutz sinnvoll. In Zukunft werden auch die steigenden Kosten für die Klimawandelanpassung in der Budgetplanung berücksichtigt werden müssen.

Abbildung 1: Investitionsbedarf in Klimaschutz und Klimawandelanpassung



Städte sind speziell gefordert

Die Städte werden bei der Erreichung der Klimapfade eine zentrale Rolle spielen. Sie nehmen Einfluss auf die Mobilität einer ganzen Region, auf die Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur und können die Energiewende deutlich unterstützen. Gleichzeitig sind sie besonders von Hitze betroffen, was Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung haben wird.
Es ist daher eine Notwendigkeit, den Hebel der Städte im Klimaschutz zu nutzen. Viele Städte sind hier bereits ein Stück des Weges gegangen. Klimaschutz als Querschnittsmaterie findet verstärkt eine strategische und organisatorische Verankerung in den Gemeinden und Städten.

Vielfältige kommunale Klimainvestitionen

Klimaschutz und Klimawandelanpassung betrifft alle Aufgabenbereiche der Gemeinden (Abbildung 1). Es gilt einerseits, die bestehende Infrastruktur anzupassen, etwa durch klimafreundliche Standards bei Immobilien, die Dekarbonisierung des Fuhrparks und die Anpassungen an den Klimawandel. Etwa muss der Kanal derart dimensioniert werden, dass er Starkregen aufnehmen kann.

© Quelle: KDZ (2023)

Abbildung 2: KDZ-Empfehlungen zur Umsetzbarkeit von Klimaschutz und Klimawandelanpassung auf Gemeindeebene



Darüber hinaus entstehen beträchtliche Mehrkosten durch zusätzliche Investitionen, etwa im Bereich der Energiewende, für den Ausbau sowie die Dekarbonisierung des ÖV, für Radwege und für die Umwandlung in klimafitte Städte.
Gemäß aktueller Gemeindefinanzprognose des KDZ[3] werden die Investitionsspielräume für die Jahre ab 2023 und folgend jedoch um rund ein Drittel unter jenen der Vorkrisenjahre liegen, wenn nicht gegengesteuert wird. Eine Schere zwischen Notwendigkeit und gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen öffnet sich zunehmend.

Herausforderung öffentlicher Verkehr

Eine große Herausforderung sind die Investitionen in den stadtregionalen ÖV, welche ohne entsprechende Unterstützung durch Bund und Länder zu einer finanziellen Überforderung der Städte führen werden. Gemäß Straßenfahrzeugbeschaffungsgesetz ist eine Dekarbonisierung der Fahrzeuge notwendig. Weiters gilt es, die Angebote auszubauen, um den Umstieg vom Auto zum ÖV zu ermöglichen. Dies kostet allein die sechs größten Städten bis 2030 insgesamt 6,6 Mrd. Euro[4].

Herausforderung klimafreundliche Gebäude

Eine aktuelle Studie von TU Wien und Umweltbundesamt[5] zeigt, dass die Gemeindeebene für 45 Prozent des öffentlichen Kapitalstocks verantwortlich ist. Dementsprechend ist das Potenzial auf der Gemeindeebene mit rund 55.000 Gebäuden zur Steigerung der Energieeffizienz enorm. Zu nennen sind insbesondere die thermische Sanierung und die Umrüstung der Heizsysteme. In beiden Bereichen bestehen jedoch noch deutliche Unsicherheiten bezogen auf die konkreten Ziele für die Gemeinden, aber auch die technischen und rechtlichen Möglichkeiten. Wichtig ist auch zu betonen, dass bundesweite Kostenschätzungen zum Investitionsbedarf in kommunale Gebäude noch fehlen.

Es braucht geeignete Rahmenbedingungen

Obwohl seit Jahrzehnten die Klimakrise beschrieben wird, bestehen nach wie vor große Lücken bei der Verankerung von Klimaschutz und Klimawandelanpassung in den bestehenden Steuerungs- und Finanzierungsmechanismen. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, hieran zu arbeiten. Die aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen sollten hier jedenfalls genutzt werden, um die Weichen für die weitere Entwicklung zu stellen (Abbildung 2).
Kritisch ist, dass aktuell die Themen Klimaschutz und Klimawandelanpassung innerhalb des Bundesstaates nicht ausreichend koordiniert bearbeitet werden. Insbesondere an der vertikalen Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mangelt es.
Mehr Aufmerksamkeit sollten auch die Rahmenbedingungen der Städte und wGemeinden finden. Es braucht Lösungen dafür, dass die Gemeinden personelle und inhaltliche Kapazitäten aufbauen und nutzen können. Auch das bestehende Fördersystem mit seinen vielen „Leuchtturmprojekten" und teils schwierigen Zugängen sollte stärker an die Bedarfe angepasst werden.
Ein entscheidender Punkt wird auch sein, wieweit künftig die Klimainvestitionen finanzierbar sind. Durch eine Verstetigung der kommunalen Investitionsprogramme könnten hier gezielt Mittel bereitgestellt werden. Weiters ist eine Modernisierung der ÖV-Finanzierung notwendig, welche aktuell mit den gegebenen Anforderungen nicht mithalten kann – etwa mit einem ÖV-Finanzierungsgesetz sowie einem stadtregionalen ÖV-Investitionsfonds.

1 https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/sites/16/COIN_2020.pdf

2 https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2021_16_Klimaschutz_in_Oesterreich.pdf

3 https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzen-bis-2026-deutlich-gesunkene-spielraeume-zur-finanzierung-kommunaler

4 https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/themenfelder/mobilitaet/Dateien/Finanzierungsmehrbedarf/2023-04-24_Finanzierungsmehrbedarf_Langfassung.pdf

5 https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-6482086



Martin Wagner, Oliver Zeisberger, Robert Frasch, Simon Mayr, Siegfried Nußbaumer, Stephan A. Jansen und Cornelia Dietrich

Personal neu denken!

Arbeitskreis 3 über Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitarbeiter:innen in der Verwaltung

Über die Frage, wie sich der öffentliche Dienst heute positionieren muss, um Bewerber:innen anzusprechen, diskutierten im dritten Arbeitskreis Cornelia Dietrich, Stadt Schorndorf, Robert Frasch (Lehrlingspower), der Villacher Magistratsdirektor Christoph Herzeg, Prof. Stephan A. Jansen (Hochschule Karlsruhe), Simon Mayr vom Magistrat Salzburg, Siegfried Nußbaumer von der Oberösterreichischen Landesregierung und Martin Wagner, Stadt Wien und Vorsitzender des Fachausschusses für Personalmanagement des Österreichischen Städtebundes, unter der Moderation von Oliver Zeisberger.

Arbeitszeit & Besoldung

Christoph Herzeg, Magistratsdirektor der Stadt Villach, sprach über die 4 ½ -Tage-Woche im Magistrat Villach, die Stadt hat mit 63.000 Einwohner:innen knapp 1.000 Bedienstete. Herzeg erläuterte den Aufwand von rechtlichen Fragen über Mitarbeiter:innenbefragungen, aber auch den Mehrwert der flexibleren Arbeitsform und anderer Innovationen, wie Verlosungen bei Bewerbungen oder das Du-Wort im Magistrat. „Wir haben in der Öffentlichkeit den Ruf des Ärmelschoners, und es ist höchste Zeit, das zu ändern."

Über das Thema Besoldungsreform sprachen Simon Mayr, Stadt Salzburg, und Siegfried Nußbaumer von der Oberösterreichischen Landesregierung.

Ziele der aktuell in der Stadt Salzburg umgesetzten Besoldungsreform waren, die Attraktivität als Arbeitgeberin bei Jungen zu erhöhen, höhere Einstiegsgehälter und eine Abflachung der Lebensverdienstkurve.

© Fotos: Chris Gütl (2)

Simon Mayr zu den Erfolgsfaktoren des neuen Gehaltsschemas: „Neben einem engagierten Projektteam, Einbeziehung der Personalvertretung und der Führungskräfte, externer Begleitung und der Abstimmung mit dem Gesetzgeber Land Salzburg war vor allem eines ausschlaggebend: der klare politische Auftrag.“ Er riet, genügend Zeit und viele Beratungsgespräche für die Umsetzung einzuplanen, mit der Entwicklung in Salzburg zeigte er sich zufrieden: „Es läuft gut. Jeder hat die Option, auf das neue Schema umzusteigen. Es gibt keine Verlierer:innen, nur Gewinner:innen.“
Megatrends wie Digitalisierung, Demografie, Nachhaltigkeit oder Diversity verlangen laut Siegfried Nußbaumer ein Umdenken und eine systematische Weiterentwicklung des Personalbereichs. Die „Besoldung neu“ der Oberösterreichischen Landesregierung setzt einfach und transparent auf eine funktionsgerechte Entlohnung in 25 Stufen. Die Lebensverdienstsumme wird durch höhere Einstiegsgehälter und eine flachere Gehaltskurve umverteilt, dazu gibt es Zuschlagsmodelle für Pflege und Handwerk. Nußbaumer darüber, wie frei man als Kommune hier auf Vorgaben und Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Land angewiesen ist: „Die Legistik ist auf der Landesebene angesetzt, aber ich plädiere dafür, Dinge gemeinsam zu entwickeln und gemeinsam weiterzubringen.“ Größer als die Konkurrenz mit anderen Bundesländern sei laut Nußbaumer jene mit der Privatwirtschaft. „Aber es geht nicht nur ums Geld, es ist eine Summe an Maßnahmen, die Mitarbeiter:innen bewegt, einen Job zu wechseln oder in den öffentlichen Dienst zu gehen.“

Jobs plus Ausbildung

„Wir brauchen die neuen Mitarbeitenden, und es reicht nicht, dass sie zu uns kommen – wir müssen sie auch ausbilden“, erklärte Martin Wagner. Der Leiter Personalorganisation und -entwicklung der Stadt Wien stellte das duale Ausbildungsprogramm „Jobs PLUS Ausbildung“ für Verwaltungsberufe vor. Die Ausbildung wird über WAFF/AMS finanziert, während der Ausbildung wird bereits in den Dienststellen gearbeitet. „So kann man mögliche Mitarbeiter:innen ohne Budgetbelastung kennenlernen, das bringt einen ungeheuren Mehrwert.“



Robert Frasch präsentiert die Schoolgames-Kooperation.

Kooperationen nutzen

„Es geht um passende Mitarbeiter:innen, nicht um bessere!“ Robert Frasch, Gründer von Lehrlingspower.at und Experte in Sachen dualer Ausbildung, sprach darüber, wie Kommunen das Wissen und die Kraft der Gemeinschaft nutzen können und wie Kooperationen, etwa bei Schoolgames, schon umgesetzt werden. Der Österreichische Städtebund bietet mit seinem Netzwerk „Personal und Ausbildung“ Personalverantwortlichen laufende Unterstützung und Zugang zu Know-how für die tägliche Arbeit. Informationen über Ausbilder:innentreffen und mehr: www.staedtebund.gv.at/ausbildung

Kreative Kreisstadt

Cornelia Dietrich aus der deutschen Stadt Schorndorf präsentierte den kreativen Weg der Kreisstadt bei der Personalgewinnung, -bindung und -entwicklung. Von einer Kreativschmiede über Motto-Monate bis zu Escape-Games für Azubis reichen die Ansätze der baden-württembergischen Stadt. „Sinnhaftigkeit und Vielfalt im öffentlichen Dienst machen die Arbeit in der Stadt besonders, wir gestalten Städte – damit müssen wir werben“, so Cornelia Dietrich.

Geile Arbeitgeber

Stephan Jansen von der Hochschule Karlsruhe sprach über die zahlreichen Dilemmata in der Arbeitswelt der aktuellen Wendezeit, stellte den Städten aber ein gutes Zeugnis als Arbeitgeberinnen aus: „Urbane Innovation ist wirklich magnetisch.“
Das Schlagwort der Stunde sei Purpose: „Eine Stadt ist nicht ein Arbeitgeber mit Haltung, sondern das, was die Stadt macht, ist eine Haltung, und dafür gibt es Ämter und Stellen.“ Der deutsche Wirtschaftswissenschafter und Berater gab Empfehlungen zu mehr Empathie, verstärkter Digitalisierung, besserer Ausbildung und neuen Zielgruppen aus. „Weil die Städte so erfolgreich wachsen, müssen sie immer wieder Probleme lösen, die es ohne sie nicht gegeben hätte. Aber Städte sind Transformationslabore, die können das, die sind darin richtig gut. Ihr seid geile Arbeitgeber!“



Die Stadt Wien setzt bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels gleichermaßen auf bewährte Instrumente (wie etwa die Lehrlingsausbildung) als auch auf die Entwicklung neuer Modelle, wie das Programm „Jobs PLUS Ausbildung“. Besonders wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit dem Wiener Arbeitnehmer:innenförderungsfonds, dem AMS sowie der Bedienstetenvertretung.

Cordula Gottwald, Bereichsdirektorin für Personal und Revision

Jobs PLUS Ausbildung

Wien geht neue Wege in der Bekämpfung des Fachkräftemangels

Christoph Sahlender, Stadt Wien MD Personal und Revision

Die Jugendarbeitslosigkeit, der bevorstehende demografische Wandel sowie der damit einhergehende Fachkräftemangel veranlassten die Wiener Stadtregierung im aktuellen Regierungsprogramm dazu, konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um den dargestellten Herausforderungen im Personalmanagement entgegenwirken zu können.

Mit dem Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ entwickelte die Stadt Wien ein neues Modell für arbeitssuchende und/oder veränderungswillige Menschen, die sich für eine Tätigkeit bei der Stadt Wien interessieren – Bildungsaufstieg inklusive. In Kooperation mit dem Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungsfonds (WAFF), dem AMS sowie der Bedienstetenvertretung wurde eine neue Ausbildung konzipiert, bei der neue spezialisierte Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung – vom Personalbereich bis hin zu Aufgaben im Kund:innenservice – im Mittelpunkt stehen. Besonderes Highlight dieser neuen dualen Ausbildung: Gleichzeitig zur praktischen und theoretischen Ausbildung bei der Stadt erwerben die Teilnehmer:innen die Studienberechtigungsprüfung und bekommen damit auch eine wichtige Chance, sich in weiterer Folge innerhalb des Magistrates der Stadt Wien weiterentwickeln zu können.

Spezialisierte Sachbearbeitung

In einem ersten Schritt wurde geprüft, in welchem Bereich der Personalbedarf in den nächsten Jahren besonders hoch sein wird. Die Entscheidung fiel dabei auf die sogenannte „spezialisierte Sachbearbeitung“, für die grundsätzlich die Reifeprüfung oder eine gleichwertige Ausbildung als Zugangsvoraussetzungen definiert sind.

Eine wichtige Grundvoraussetzung für die Entwicklung neuer Modelle in der Personalentwicklung bzw. -gewinnung ist das Vorliegen eines modernen Dienstrechts bzw. Besoldungssystems. Die Stadt Wien hat mit der Dienstrechts- und Besoldungsreform 2018 nicht nur eine Erhöhung der Anfangsgehälter, eine Abflachung der Gehaltskurven und ein modernes Dienstrecht durchgesetzt, sondern mit der Einführung flexibler und moderner Karrierewege bzw. -pfade auch

© Alle Fotos: Magistratsdirektion – Personal und Revision/VOTAVA

den Grundstein für einen funktionierenden internen Arbeitsmarkt mit mehr als 67.000 Mitarbeitenden sowie zeitgemäße Anforderungen an die jeweiligen Funktionen in der Stadt gelegt. Ein wichtiges Element ist dabei auch der sogenannte Einreihungsplan, der (wie auch mittlerweile in vielen anderen Bundesländern und Städten in Österreich) basierend auf einer analytischen Funktionsbewertung durch die Einführung von sogenannten Berufsfamilien, Modellfunktionen und Modellstellen eine neue, zeitgemäße und transparente Strukturierung des Personalstandes ermöglicht.

„Jobs PLUS Ausbildung“ im Detail

Das rund 15 Monate dauernde Programm kombiniert die praktische Ausbildung in einer Dienststelle der Stadt mit dem Absolvieren der Dienstausbildung an der Wien-Akademie und dem Ablegen der Studienberechtigungsprüfung. Die Finanzierung des Projektes erfolgt durch den WAFF und das AMS. Besonders wichtig ist, dass die Teilnehmer:innen während der gesamten Ausbildung sozialversichert sind und nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung die Perspektive auf ein Dienstverhältnis bei der Stadt haben. Innovativ ist aber nicht nur das Modell, sondern auch der Inhalt der Ausbildung: Besonderes Augenmerk wurde im Ausbildungsplan auf die Themenbereiche Betriebswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie und sozial-kommunikative Kompetenzen gelegt.

Eine erste Pilotgruppe von 14 Teilnehmer:innen startete im September 2021 ihre Ausbildung. Im Bereich der Stadt Wien – Kindergärten, der Stadt Wien – Digital, der Abteilungen für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie Kinder- und Jugendhilfe und der Magistratsdirektion konnten junge Menschen praktische Erfahrungen sammeln. Die Gruppe schloss das Programm im November 2022 ab, von den 14 Personen konnten 12 sofort in ein Dienstverhältnis übernommen werden.

Vorteile für die Dienststellen

Zum einen bietet sich für die teilnehmenden Abteilungen während der Ausbildungsphase die Möglichkeit, potenzielle zukünftige Mitarbeiter:innen ohne Belastung des Budgets und des Stellenplanes über mehrere Monate hindurch kennenzulernen. Zum anderen kann das vorhandene Wissen der erfahrenen Mitarbeiter:innen in den Abteilungen nahtlos an die Teilnehmer:innen des Programms weitergegeben werden. Diese werden somit bestmöglich auf ein künftiges Dienstverhältnis bei der Stadt Wien vorbereitet und können nach Abschluss der Ausbildung in der Regel sofort den zugewiesenen Aufgabenbereich ohne aufwändige Einschulungsphase übernehmen.

Das Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ ist ein neues Instrument der Stadt Wien, mit dem ergänzend etwa zur Lehrlingsausbildung dem aktuellen Fachkräftemangel (bis 2030 geht fast ein Drittel aller Bediensteten der Stadt Wien in Pension) entgegengewirkt wird. Der Erfolg des Programms lässt sich am besten anhand konkreter Zahlen darstellen: Seit dem Start 2021 haben insgesamt vier Gruppen mit jeweils zwischen 20 und 30 Teilnehmer:innen ihre Ausbildung begonnen, aktuell laufen die Vorbereitungen für den Start der fünften Gruppe im November dieses Jahres. Dass das Interesse am Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ und somit auch an einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst sehr groß ist, zeigen auch die aktuellen Bewerber:innenzahlen: So gab es schon für die Pilotgruppe 2021 fast 500 Bewerbungen, für die zuletzt gestartete vierte Gruppe waren es bereits über 800.

Zentrale Steuerung des Programms

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für das Funktionieren eines solchen Programms ist natürlich dessen Steuerung. Schließlich gilt es, die Interessen und Anliegen aller Beteiligten unter einen Hut zu bringen. Das erfordert ein aktives Stakeholdermanagement und oft auch viel Fingerspitzengefühl. Verantwortlich dafür ist der Geschäftsbereich Personal und Revision in der Magistratsdirektion der Stadt Wien. Von dort aus erfolgt auch die Weiterentwicklung des Programms.

Aufgrund der positiven Erfahrungen im Verwaltungsbereich wurde mit der Bedienstetenvertretung dahingehend Konsens erzielt, dass das bestehende Modell auch auf andere Bereiche bzw. Berufsfamilien ausgeweitet werden soll. Aktuell arbeitet daher die Wiener Kinder- und Jugendhilfe in Kooperation mit dem WAFF an einem neuen Modell für Sozialpädagog:innen. Geplanter Start ist der Herbst 2023.

Ferner wird mittlerweile auch im Bereich der Berufsfamilie Technik an einem dualen Ausbildungsmodell gearbeitet. Geplanter Start der ersten Gruppe ist Jänner 2024. Im Rahmen der Pilotierung werden mehrere technische Dienststellen beteiligt sein und können dabei auch jene Erfahrungen einbringen, die sie bereits im Rahmen der Berufsfamilie Verwaltung/Administration sammeln konnten. Schließlich gibt es nunmehr auch im IT-Bereich konkrete Überlegungen, das Modell „Jobs PLUS Ausbildung“ bei der Gewinnung und Ausbildung von Mitarbeitenden zu erproben.



Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Programm sind ein modernes Dienstrecht und Besoldungssystem sowie ein zeitgemäßes, magistratsinternes Aus- und Weiterbildungszentrum „Wien-Akademie“.

Martin Wagner, Gruppenleiter für Personalorganisation und -entwicklung

Sicher durch Krisenzeiten

Arbeitskreis 4 beleuchtete das neue Krisensicherheitsgesetz und kommunales Krisenmanagement.

Ein Arbeitskreis beschäftigte sich am Städtetag mit kommunalem Krisenmanagement und den Erwartungen an das Krisensicherheitsgesetz des Bundes, das derzeit verhandelt wird. Unter der Moderation des Grazer Magistratsdirektors Martin Haidvogl diskutierten die Linzer Magistratsdirektorin Ulrike Huemer, Magistratsdirektor-Stellvertreter Wolfgang Müller, Stadt Wien, der Feldbacher Bürgermeister Josef Ober und Sektionschef Mathias Vogl, Bundesministerium für Inneres.



MD-Stv. Wolfgang Müller, Bgm. Josef Ober, MD[in] Ulrike Huemer, Sektionschef Mathias Vogl und MD Martin Haidvogl

Krisensicherheitsgesetz

Sektionschef Mathias Vogl stellte das neue Krisensicherheitsgesetz vor, das nach jahrzehntelangen Bemühungen und rund einem Jahr Vorbereitung Ende Oktober 2022 präsentiert wurde. Der Beschluss des Gesetzes ist weiterhin ausständig, das Begutachtungsverfahren jedoch bereits durchgeführt. Im Rahmen dieses Verfahrens hat der Österreichische Städtebund eine Stellungnahme abgegeben, in der insbesondere auf Einbeziehung der kommunalen Interessensvertretungen in Informationsfluss im Krisenfall ersucht wird. Diese Anmerkung wurde in neueren Entwürfen bereits berücksichtig.

Ins Handeln kommen

Die Lehren aus drei Jahren Krisenmanagement in der Stadt Wien erläuterte Wolfgang Müller aus der Wiener Magistratsdirektion. Es gelte, in Krisensituationen Leben und Gesundheit zu schützen, das Funktionieren der Stadt sicherzustellen und Schäden hintanzuhalten. Bei Auftreten einer Krise seien klare Ziele, umfassende Informationen und eine Dokumentation aller Entscheidungen unabdingbar, denn so Müller: „Nur wer in der Krise ins Handeln kommt, ist erfolgreich!“

Magistratsdirektorin Ulrike Huemer stellte die Blackout-Vorbereitungen des Linzer Magistrats vor, welche für diesen Fall auf ein umfassendes Konzept, das von Sensibilisierung und Information über konkrete Selbsthilfebasen für die Bevölkerung bis zur Zusammensetzung eines Krisenstabs und die Versorgung im Notfall reicht.

„Österreichs Städte und Gemeinden nehmen die Verantwortung wahr, sich hier als bürgernächste Einheit intensiv auf diese mögliche Katastrophe vorzubereiten. Aber die Gemeinden können nicht alles stemmen – Bund und Länder müssen in ihren Handlungsfeldern auch vorankommen“, appellierte Magistratsdirektorin Ulrike Huemer an Bund und Länder, um etwa bei kritischen Faktoren wie Lebensmittel-, Diesel- oder Gesundheitsversorgung sowie in Sicherheitsfragen gemeinsam an einem Strang zu ziehen, so Huemer abschließend.

Hackerangriff

Der Feldbacher Bürgermeister Josef Ober berichtete über den Hackerangriff auf die Gemeindeverwaltung im vergangenen Jahr.

Die Kriminellen stellten eine Lösegeldforderung. Mithilfe einer im Vorfeld abgeschlossenen Versicherung und deren IT-Expert:innen konnte die Krise rasch gelöst werden. Wichtig war „gut zu kommunizieren und das Lösegeld nicht zu zahlen“.

Als Empfehlung nannte Ober, „vom Krisenmodus in den Wiederaufbaumodus“ zu gelangen. „Ohne Vorbereitung in eine Situation zu kommen, erfordert Geschick und gute Partner:innen“, resümierte Ober.

Eine Lehre aus den Krisen sei, den Menschen auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortung zurückzugeben, da sich keine Verwaltung um alle Individuen einzeln kümmern könne.

© Foto: Markus Wache



mehr wien zum leben.

wienholding

Ein Unternehmen der Stadt Wien

mehr dynamik für die zukunft.

HAFEN WIEN

Der HAFEN WIEN bringt Güter auf Kurs.

Mit dem Hafen Wien gehört eine der wichtigsten Logistikdrehscheiben der Stadt zur Wien Holding. Hier werden Güter aller Art über die Straße, die Bahn und das Schiff in beliebiger Kombination umgeschlagen. Der Hafen Wien ist ein starker Motor für Wiens Wirtschaft.

www.wienholding.at

GGK MULLENLOWE



Gregor Seeberg, Robert Palfrader, Ina Regen



Edith Kneifl



Hannes Heide



Elisabeth Schweeger

© Alle Fotos: Markus Wache

Kultur muss Grenzen überwinden

Mit einer prominent besetzten Podiumsdiskussion zum Thema „Kultur als Anstoß für die nachhaltige Entwicklung einer Region“ ging der Städtetag zu Ende.

Welchen Beitrag leisten Kunst und Kultur generell für eine Stadt oder Region? Was kann das Projekt „Kulturhauptstadt“ positiv bewirken? Gibt es ein kulturelles Auseinanderdriften zwischen Stadt und Land? Diesen Fragen widmeten sich EU-Abgeordneter Hannes Heide, Schriftstellerin Edith Kneifl, Kabarettist und Schauspieler Robert Palfrader, Liedermacherin Ina Regen, Elisabeth Schweeger, künstlerische Geschäftsführerin der Kulturhauptstadt Europas Bad Ischl - Salzkammergut 2024, sowie Gregor Seberg, Schauspieler, Kabarettist und Autor.

Über die Vielfalt erkennen

Die Leiterin der Kulturhauptstadt 2024, Elisabeth Schweeger, erklärte: „Wir wollen als Kulturhauptstadt 23 Gemeinden miteinander verbinden, die jede eigensinniger und eigenwilliger ist als die andere. Das ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch das Schöne – dass man sich über die Vielfalt erkennt und über die Unterscheidung definiert. Wir wollen Impulse geben, was möglich ist, und Orte schaffen, sich zu treffen, zu unterhalten, Visionen zu entwickeln und das analoge Erlebnis mitzudenken.“

Kultur bewegt

MEP Hannes Heide betonte: „Es gilt, die demokratiepolitische und die europäische Dimension zu vermitteln, der ländliche Raum wurde zum ersten Mal für eine Kulturhauptstadt ausgewählt. Kultur kann etwas bewegen, alles, was gesellschaftlich relevant ist, soll in die Kulturhauptstadt einfließen. Kultur ist mehr als Klischee.“

Was darf Kultur?

Liedermacherin Ina Regen war wichtig zu sagen: „Als Künstlerin wird mein Ich-Gefühl zu einem gemeinsamen Wir-Gefühl. Die Frage ist gerade in ländlichen Regionen, was ist Kultur, was darf Kultur , was muss Kultur und wer darf das mitbestimmen, wer darf sich darüber aufregen?“
Sie konstatierte, dass je urbaner es wird, desto unterschiedlichere Lebenskonzepte können nebeneinander existieren. „Die Herausforderung ist, da dennoch einen Wertekonsens an Respekt und Toleranz zu finden. Aber es darf diverser sein, und diese Brücke von Stadt zu Land dürfen und müssen wir gemeinsam bauen, um uns als österreichische, europäische, als Weltkultur zu verstehen und Grenzen zu überwinden.“

Satire rüttelt auf, Kultur prägt

Robert Palfrader sagte, er sehe sich im Großteil seiner Tätigkeit als „Unterhaltungshandwerker“. Satire sei eine Art „gesellschaftliches Immunsystem“ und habe die Aufgabe „Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen, die unterrepräsentiert, aber gesellschaftlich relevant sind.“
Gregor Seberg erinnerte daran, wie nachhaltig das Kulturhauptstadt-Dasein etwa die Stadt Graz positiv geprägt hat. Er erzählte von seiner Arbeit als Theaterschauspieler: „Sich für ein Stück in eine neue Rolle einzuarbeiten, bietet den Zugang, eine völlig neue Welt zu denken.“ Das Schöne dabei sei die absolute Freiheit in diesem Denken und die Möglichkeit, dabei neue Perspektiven zu gewinnen. Das schaffe nur die Kultur, kein anderer Bereich. Er gab den Anstoß, öffentliche Leerräume mit Kultur „zuzupflastern“. Denn „wenn Kulturkonsum einmal so normal wie Wurstkonsum wird, dann sind wir in einem glücklichen Land!“.
Schweeger betonte: „Kulturhauptstädte sind ein Signal, nicht nur an die Gesellschaft und die Bewohner:innen, sondern auch an die Politik, sie können das Potenzial zeigen und Handlungsstrategien für Themen wie Fachkräfte, Berufsperspektiven, Wohnsituationen. Hier muss etwas getan werden, sonst werden wir die Region nicht mit neuen Ideen und Perspektiven aufladen können.“
Schriftstellerin Edith Kneifl bezeichnete Kultur als Antidepressivum. Die Krimiautorin meinte: „Die Klischees gehen mir ein bisschen auf den Keks. Ich suche etwas Neues, vielleicht versuche ich einen Kulturhauptstadtkrimi.“
Elisabeth Schweeger dazu augenzwinkernd: „Da kann ich Ihnen Material ohne Ende liefern!“



1



2



3



4



5



7



6



8

© Alle Fotos: Markus Wache









Der Städtetag in Bildern

Das war der 72. Österreichische Städtetag in Bad Ischl: fachlicher Austausch, thematische Arbeit und persönliche Begegnungen bei Kaiserwetter. Wir sagen Danke und freuen uns jetzt schon auf ein Wiedersehen beim 73. Österreichischen Städtetag, der von 5. bis 7. Juni 2024 auf Einladung der Stadt Wiener Neustadt stattfinden wird!

Pressekonferenz

1 Die Eröffnungspressekonferenz mit Vizepräsident Peter Schneeberger, Bürgermeisterin Ines Schiller, Präsident Michael Ludwig und Generalsekretär Thomas Weninger zu unseren Forderungen in den Finanzausgleichsverhandlungen und dem Kulturschwerpunkt des Städtetages in Bad Ischl

Vollversammlung

2 Die Vollversammlung hielt Wahlen ab und beriet über die Resolution. Bgm. Reinhard Resch (Krems), Bgm.in Elisabeth Böhm (Neusiedl), Bgm. Günther Albel (Villach), Vizebgm.in Gerda Sandriesser (Villach), Bgm.in Andrea Winkelmeier (Bruck an der Mur), Bgm. Thomas Steiner (Eisenstadt), Bgm.in Andrea Kaufmann (Dornbirn)

3 Präsident Ludwig und Generalsekretär Weninger bei der Sitzung der Geschäftsleitung

Rahmenprogramm

4 Vom Stadtspaziergang durch Bad Ischl über eine Wanderung auf der Katrin bis zum Hallstadtausflug, Schauer inklusive, reichte das breit gefächerte Rahmenprogramm. Der Besuch bei Baumit war ebenso faszinierend wie die Exkursion zu den Salinen.

Team

5 Das Team des Generalsekretariats in Wien vor dem Kongresshaus Bad Ischl

Fahnenübergabe

6 Städtebund-Präsident Bürgermeister Michael Ludwig und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger bedankten sich bei Gastgeberin Bürgermeisterin Ines Schiller und ihrem Team für den hervorragend gelungenen 72. Städtetag in Bad Ischl. Im Anschluss erfolgte die Fahnenübergabe an die Stadt Wiener Neustadt, die den kommenden 73. Österreichischen Städtetag ausrichten wird.

Ehrenzeichen des Österreichischen Städtebundes

Peter Koch, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bruck/Mur, und Martin Ruepp, ehemaliger Vorsitzender des Städtebund-Verkehrsausschusses und Vizebürgermeister von Dornbirn, wurden für ihre langjährigen Verdienste um die Kommunalpolitik Ehrenzeichen des Österreichischen Städtebundes überreicht.

7 Bgm.in Ines Schiller, Präsident Michael Ludwig, Bgm. a. D. Peter Koch, Bgm.in Andrea Winkelmeier, Bgm. Klaus Luger

8 Vizebgm. Harald Ludwig, Bgm.in Ines Schiller, Vizebgm. a. D. Martin Ruepp, Carmen Ruepp und Präsident Michael Ludwig

Weitere Informationen unter:
www.staedtetag.at/archiv/2023

Städte gegen die Klimakrise

Fit für das Zukunftsklima

Innsbruck setzt aktiv auf Klimaschutzmaßnahmen und die Anpassung an den Klimawandel.

Katharina Rudig, Stadt Innsbruck

Steigende Temperaturen, schmelzende Gletscher- und auftauende Permafrostflächen, zunehmende Hitze, Dürreperioden, aber auch intensivere Starkregenereignisse mit Überflutungen wirken sich auf unsere Gesellschaft, Wirtschaft und unser tägliches Leben aus. Der Klimawandel findet für alle spürbar statt. Neben verstärkten Klimaschutzmaßnahmen sind umfassende Schritte zur Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels nötig. Die Herausforderungen durch den Klimawandel stehen deshalb auch ganz oben auf der Prioritätenliste der Stadt Innsbruck: Denn der Alpenraum ist von Hitze und ihren negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität deutlich stärker betroffen als andere Gebiete. Die Landeshauptstadt hat erkannt, dass Handlungsbedarf besteht und setzt aktiv gezielte Schritte. Mit der Initiative „Pionierstadt – Partnerschaft für Klimaneutrale Städte 2030“ schloss Innsbruck neben Wien, Graz, Klagenfurt, Villach und St. Pölten einen Kooperationsvertrag für Klimaneutralität bis 2030 mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ab.



Mit dem Messepark wurde das erste „coole“ Platzgestaltungsprojekt in Innsbruck umgesetzt.

Hotspots entdecken

Wie viele Hitzetage gibt es in Innsbruck? Wie wirkt sich das Klimasystem auf künftige Bauvorhaben aus? Welche Anpassungsmaßnahmen sollen an welchen Standorten in der Stadt gesetzt werden, damit die Hitzebelastung gesenkt werden kann? Fragen, mit denen sich der Stadtmagistrat bereits Mitte 2020 ämterübergreifend im Referat Raumplanung und Stadtentwicklung und dem Amt klimaneutrale Stadt in Zusammenarbeit mit geoSphere Austria (vormals ZAMG) und Weatherpark beschäftigt hat. Die Zielvorgaben der Politik standen von Anfang an fest: „In Zukunft wird es immer wichtiger, dass wir bei der Planung von städtischen Projekten und Prozessen auf das Klima Rücksicht nehmen. Dafür müssen wir aber auch die Gegebenheiten kennen“, betont Bürgermeister Georg Willi. Umweltstadträtin Uschi Schwarzl ergänzt: „Bei der Klimawandelanpassungsstrategie geht es vor allem darum, dass wir uns auf die möglichen Auswirkungen vorbereiten und Maßnahmen setzen, damit die Belastung durch steigende Temperaturen für die Innsbruckerinnen und Innsbrucker reduziert wird.“

Messungen als Grundlage

Ziel war es, das gesamte Klimasystem in Innsbruck von der Hitze über Luftfeuchte und -emissionen sowie dem Windsystem im Rahmen einer Stadtklimaanalyse abzubilden.

Der zentrale Fokus lag auf Hitzebelastung und Wärme in der Stadt. Dabei konnte belegt werden, dass im bebauten Gebiet eine Überhitzung klar feststellbar ist. Besonders die Innsbrucker Innenstadt wird stärker aufgeheizt als das Umland. Dort gibt es auch die höchsten Werte an Sommer- und Hitzetagen. Im Vergleich zu anderen österreichischen Städten war Innsbruck mit durchschnittlich 85 Sommer- und 25 Hitzetagen pro Jahr im innerstädtischen Bereich deutlich wärmer (durchschnittliche Anzahl für Klimanormalperiode 1990–2019). Die Stadt Salzburg hat beispielsweise durchschnittlich nur bis zu zwölf Hitzetage pro Jahr. Im Jahr 2022 wurden bereits 96 Sommer- und 33 Hitzetage (innerstädtischer Raum) in Innsbruck gemessen. Damit reiht sich das letzte Jahr in die heißesten drei Jahre seit 2003 ein – Tendenz steigend.

© Foto: R. Kubanda



© Foto: F. Bär

Was sich die Bürger:innen und lokale Stakeholder für den DDr.-Alois-Lugger-Platz wünschen, wurde im Rahmen von Ideen- und Planungslabors gemeinsam entwickelt.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER

www.innsbruck.gv.at/ibklima

Konkrete Maßnahmen

Neben einer Analysekarte, die den Ist-Stand des Innsbrucker Stadtklimas abbildet, steht nun auch eine Planungshinweiskarte mit konkreten, wirksamen und planerischen Empfehlungen für noch umzusetzende Prozesse zur Verfügung. „Beispielsweise werden anhand der Stadtklimaanalyse Frischluft- und Kaltluftbahnen verortet, welche als wesentliche, positiv wirksame Mechanismen des Stadtklimas bei planerischen Entscheidungen berücksichtigt und gezielt geschützt werden können. Weiters haben in Innsbruck Grünkorridore wie die Terrassenböschung Hötting West oder der Grünzug Amras-Pradl-Reichenau eine besondere stadtklimatische Bedeutung und sollten jedenfalls erhalten und nach Möglichkeit erweitert werden“, erklärt Simone Fritsch vom Referat Raumplanung und Stadtentwicklung.

Daneben zeigt die Analyse aber auch auf, welche Bereiche der Stadt aktuell bereits besonders stark überwärmt sind und in welchen Bereichen – auf Grundlage von Szenarien-Karten – künftig mit weiteren starken Überwärmungen zu rechnen ist.

„Mit diesem Wissen können gezielt konkrete Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel gesetzt werden – lokal, aber auch auf gesamtstrategischer Ebene. Neben diesem zielgerichteten Einsatz lokaler Anpassungsmaßnahmen im Stadtgebiet ist auch ein verbessertes Risikomanagement für den Schutz vulnerabler Gruppen essenziell. Von Hitze besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen können künftig durch ein verbessertes Frühwarnsystem schneller und gezielter über anstehende Hitzewellen informiert werden“, führt die für Klimawandelanpassungsstrategie zuständige Christine Schermer vom Amt für Klimaneutrale Stadt ein Beispiel für die Anwendung der Stadtklimaanalyse an.

Kooperation mit städtischen Beteiligungen

Im Rahmen der Erstellung der Stadtklimaanalyse wurden auch strategische Empfehlungen für die Stadt Innsbruck erarbeitet, um die vorliegenden Ergebnisse künftig möglichst wirkungsvoll zu berücksichtigen. Entscheidend ist beispielsweise, dass die Ergebnisse der Stadtklimaanalyse in sämtliche Prozesse bzw. Abläufe innerhalb des Magistrats und auch in Kooperation mit den städtischen Beteiligungen integriert werden. Ein Schwerpunkt liegt bei Indikatoren, Schwellen- und Grenzwerten, die zukünftig als verbindliche Rahmenbedingungen in Planungsprozessen berücksichtigt werden sollen. Gemeinsam mit anderen österreichischen Städten arbeitet die Stadt Innsbruck aktuell an einem österreichweit einheitlichen System.

Hitzefrei beim Messepark

Erste räumliche Anwendungen und laufende Projekte wurden seitens der Stadt Innsbruck bereits parallel zur Ausarbeitung der Stadtklimaanalyse gestartet. Die Platzgestaltung des Messeparks (coolINN), die in Zusammenarbeit mit der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB), mit Unterstützung durch die Universität Innsbruck bzw. die Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) umgesetzt wurde, ist bereits erfolgreich abgeschlossen. Der Ausbau blauer und grüner Infrastruktur mithilfe von innovativen Materialien wie wasserdurchlässigen Wegedecken schaffen dort nun bereits den zweiten Sommer ein angenehmes Aufenthaltsklima. Im Herbst 2022 wurde das Projekt mit dem VCÖ-Mobilitätspreis Österreich ausgezeichnet.

Weiter geht’s mit COOLYMP

Seit Anfang 2023 steht beim DDr.-Alois-Lugger-Platz (COOLYMP) nunmehr die zweite klimafitte Platzumgestaltung in den Startlöchern. Die Genese und den Entwicklungsstand zum umfangreichen Klima- und Bürger:innenbeteiligungsprojekt kann man unter www.ibkinfo.at/dossier/coolymp nachlesen. Auch im Rahmen der 2022 gestarteten Standortoffensive Rossau finden die Ergebnisse der Stadtklimaanalyse ihre Anwendung: Hier soll ein klimafittes Wirtschaftsgebiet entstehen.



Städte gegen die Klimakrise

Grün-Offensive in Villach

Die Stadt Villach pflanzt eine „Grüne Achse“ und schafft „Grüne Ecken“ als Naherholungs-Oasen in dicht verbauten Bereichen. Fakten-Basis ist eine eigene Hitzestudie.

Wolfgang Kofler, Stadt Villach

Mit einem Waldanteil von 55 Prozent und einem Naturanteil von fast 80 Prozent ist Villach eine der grünsten unter Österreichs größeren Städten. Im dicht verbauten Innenstadt-Bereich freilich, da gibt es noch Luft nach oben. Zwar befinden sich dort schon jetzt knapp 3.000 Bäume auf öffentlichem Grund, doch der Klimawandel verlangt nach mehr. Vor allem in den Sommermonaten ist kühler Schatten bald unverzichtbar. „Wir wollen dabei so effizient wie möglich vorgehen. Daher haben wir einen Experten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik eine eigene Hitzestudie für Villach erstellen lassen“, sagt Bürgermeister Günther Albel. Dieses Wissen dient nun als Basis für konkrete Maßnahmen.

Grüne Ecken

Bereits im Vorjahr wurden – zusätzlich zu den bestehenden dreizehn Parkanlagen – die ersten beiden „Grünen

© Foto: KML Studios GmbH Marketing Solution Studios und Anita Wiegele Art



Zehn Schwammstadtbäume für Villachs Hauptplatz. Der erste steht schon, die Visualisierung zeigt, wie die „Grüne Achse“ am Ende aussehen wird.



Parkanlage statt Bauprojekt: Das „Grüne Eck“ ist 4.500 Quadratmeter groß. Vorher befand sich hier eine kaum begehbare Gstätten mit geringem Grünanteil.



Arbeiten an einem nachhaltigen Villach: Bürgermeister Günther Albel und Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig

Ecken“ fertiggestellt. Es handelt sich dabei um Flächen im dicht verbauten Gebiet, die zu Naherholungs-Oasen umfunktioniert werden. Wiese, Bäume, Bänke, Bienenstöcke, Obststauden – so entstehen Kleinode im unmittelbaren Wohngebiet. Sie sollen Alt und Jung kurze Auszeiten ermöglichen, ohne dass man an den Stadtrand oder zu den großen Villacher Freizeit-Arealen wie Warmbad, Wasenboden oder den Hausberg Dobratsch fahren muss.

Das bereits dritte und bislang größte „Grüne Eck“ entsteht gerade im Stadtteil Perau. Es ist 4.500 Quadratmeter groß. 50 Bäume und Hunderte Meter Hecken wurden gepflanzt, eine Spielwiese eingerichtet, Trinkwasseranschluss und WC-Anlage geschaffen. Ab September steht das Areal, das einst für Betriebe genutzt worden ist, den Villacherinnen und Villachern zur Verfügung.

„In den kommenden Jahren werden weitere Grüne Ecken umgesetzt“, verspricht Bürgermeister Albel. „Wir sehen dies als Infrastruktur-Maßnahme in Geh-Distanz – für optimale Lebensqualität. Villach ist eine stark wachsende Stadt. Umso wichtiger sind solche Stadt-Oasen.“

Grüne Achse

Die zweite, große Maßnahme nennt sich „Grüne Achse“. Quer durch die Innenstadt, konkret vom Hauptbahnhof bis zum Stadtpark im Süden, soll eine durchgehende Baumreihe stehen. Dort, wo es räumlich möglich ist, als Allee, sonst einzeilig. Einige Bereiche sind bereits aus der Vergangenheit mit Bäumen versehen, die Lücken werden nun nach und nach geschlossen. Kernstück ist dabei der Villacher Hauptplatz, auf dem erstmals Bäume gepflanzt werden. Und zwar nach dem „Schwammstadt“-Prinzip. Die Bäume erhalten dabei bis zu 40 Kubikmeter große Wurzelbereiche, die zum Teil mit einer nährstoffreichen Schlacke gefüllt werden. Zusätzlich werden aufwändige Drainagen verlegt, um Regenwasser optimal zu nutzen. Diese Vorgehensweise lässt die Bäume besser und gesünder wachsen. Gleichzeitig nehmen die Wurzelschwämme bis zu zehn Mal so viel Wasser auf wie normaler Stadtboden, was bei Starkregen entscheidend sein kann. Der erste Baum steht bereits, zehn sollen es werden.

„Bäume sind das beste Mittel gegen die Hitze in der Stadt“, sagt Nachhaltigkeitsreferentin Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig. „Bisher halfen uns auf dem Hauptplatz mobile Bäume in großen Töpfen für ein angenehmeres Klima. Der erste fix gepflanzte Baum stellt nun den Beginn der echten Grünen Achse dar. Es handelt sich – seit Bestehen der Stadt – um den ersten Baum auf dem Hauptplatz.“ Katholnigs Überzeugung, dass Klimaschutz nur als gemeinsame Bestrebung funktioniert, hat es ihr ermöglicht, für die ersten zehn Schwammstadtbäume bedeutende Villacher Unternehmen als Sponsoren gewinnen zu können. Sie werden Klimaheld:innen genannt. Zudem hat das Schwammstadt-Projekt wesentlichen Anteil daran, dass Villach heuer als „Klimapionierstadt“ ausgezeichnet wurde und schon zum dritten Mal die sogenannte e5-Krone in Gold erhalten hat.

Weil Villach besonderen Wert auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz legt, läuft das klimafreundliche Projekt „Fernwärme für die Hauptplatz-Häuser“ parallel zur Entstehung der Grünen Achse mit. Am Ende dieses zweijährigen Projekts in mehreren Baustufen wird Villach Hauptplatz also nicht nur mehr Grün und Schatten haben, sondern auch weniger Emissionen.

© Fotos: Stadt Villach/Jandl, Marta Gillner



Plattformtreffen Kommunales Facility Management

Facility Management

Am 10. und 11. Mai 2023 fand im Stadtmarketing der Stadt Villach eine Sitzung des Fachausschusses „Facility Management“ und das 24. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ statt.

Peter Kovacs, MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement, Vorstand der FMA und Leiter des FA Facility Management im ÖSTB

Bei diesem Treffen, das auf Initiative von Roland Falk (LIMAG GmbH) und dem Autor erfolgte, konnten neben diversen Vertreter:innen von FM-Organisationen österreichischer Städte und Gemeinden auch Arnold Muschet von der ÖSTB-Landesgruppe Kärnten, Abteilungsleiter Riccardo Oliva (Stadt Villach) sowie Claudia Laubner von der Facility Management Austria (FMA) begrüßt werden.

Präsentationen aus Villach

Riccardo Oliva präsentierte die „Sanierung und Erweiterung der Volksschule Landskron“ und sprach über die Schritte von der Sanierungsentscheidung über den Architekturwettbewerb bis zur Planung und Realisierung. Lukas Zitterer (Stadt Villach) und Paul Lampersberger (e7 energy innovation & engineering) berichteten über das „EU-Förderprogramm ICEE-SanierungsPLUS (IncorporatEE)“, das bei der „Muster-Sanierung und energetischen Verbesserung der Richard-Wagner-Schule“ umgesetzt wird. Anhand der dynamischen Gebäudesimulation und Auslegung der Warmwasserversorgung wurde deutlich, wie die Optimierungen für die unterschiedlichen Nutzungsbereiche des Schulgebäudes erfolgen konnten.

Schließlich erläuterte Oliva die Organisation des Facility Managements der Stadt

© Foto: FMA

Villach und die Aufgaben der Abteilung Hochbau und Liegenschaften. Lukas Zitterer (Stadt Villach) stellte die besonderen Herausforderungen in der Entwicklung und Realisierung des Projektes „Volkshaus und Feuerwehrhaus Pernau“ vor: Zwei getrennte Standorte mit unterschiedlichen Nutzungen wurden hier in einem gemeinsamen Gebäude vereint.

Aktuelle Themen

Peter Kovacs präsentierte aktuelle Trends im Kommunalen FM und stellte die Aktivitäten der FMA sowie Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich des Gebäudebetriebes (z. B. Betreiberverantwortung, BIM im Betrieb) vor. Schwerpunkte bildeten die „CO2-Countdown-Initiative der FMA“, die neuen „Leitlinien für nachhaltiges Facility Management“ sowie der Leitfaden „10 Schritte zur klimaneutralen Immobilie“.

Michael Wallner (Stadtgemeinde Bad Vöslau) berichtete über die „Blackout-Vorsorge in der Stadtgemeinde Bad Vöslau“ mit einem Stufenplan für organisatorische und technische Maßnahmen im Zeithorizont 2020 bis 2025. Schwerpunkte bilden dabei Sicherheitsinseln mit Bevorratung für die Bevölkerung, das Rathaus als Kommunikationszentrum, die Notstromversorgung ausgewählter Gebäude und die Information der Bevölkerung im Vorfeld und im Krisenfall selbst.

Peter Kovacs präsentierte abschließend das „Energiemanagement in der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement“ und stellte die Einbindung der Gebäudeleittechnik mit der Erfassung der Energieverbräuche in das implementierte Energiemanagementsystem (EMS) vor. Das System ermöglicht eine proaktive Steuerung der Anlagen, um eine Optimierung der Energieverbräuche für eine Vielzahl von Gebäuden (Amtshäuser, Schulen, Feuerwehren usw.) sicherzustellen.

Besichtigungen

Am zweiten Tag führten Markus Guttenbrunner (Stadt Villach) und Direktorin Barbara Schwarzl durch die generalsanierte Volkschule Landskron, wo die Integration der Bestandsstruktur in die Neukonzeption als Clusterschule gelungen ist. Durch Umbau, Aufstockung und Zubau ist die Erweiterung von 9 auf 13 Klassen erfolgt. Neue Speise- und Betreuungsräume ermöglichen nun einen Ganztagesschulbetrieb.

Die Führung von Arch. Andreas Krautzer durch das in Bau befindliche Volkshaus und Feuerwehrhaus Perau demonstrierte die gelungene Verschmelzung der beiden unterschiedlichen Nutzungsbereiche.

Die dritte Station bildete das Grüne Eck „Aurelia-Petschnik-Park“ in Perau. Dabei stellte Karin Kugi von der Abteilung Stadtgrün der Stadt Villach die Konzeption und Ausgestaltung der Parkanlage mit den unterschiedlichen Nutzungszonen und der Einbeziehung des alten Baumbestandes vor. Zuletzt wurden die Teilnehmer:innen auf dem historischen Stadtpfarrturm mit einem beeindruckenden Ausblick über die Stadt Villach belohnt.

Das nächste Treffen ist für Oktober 2023 in Steyr geplant.

EuGH-Generalanwalt: KoPl-G unionsrechtswidrig

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vertritt in seinem Schlussantrag die Ansicht, dass das österreichische Kommunikationsplattformen-Gesetz, das Teil des Gesetzespakets gegen Hass im Netz ist, gegen Unionsrecht verstößt.

Im Ausgangsverfahren beantragten Google, Meta (Facebook) und Tik Tok bei der KommAustria die Feststellung, dass das Kommunikationsplattformen-Gesetz nicht auf sie anwendbar sei (§ 1 Abs 5 KoPl-G). Die KommAustria stellte aber fest, dass sie sehr wohl dem KoPl-G unterfallen, da sie Kommunikationsplattformen in Österreich anbieten. Diesen Bescheid fochten die Plattformbetreiber (erfolglos) beim Bundesverwaltungsgericht an. Der Verwaltungsgerichtshof setzte das Verfahren aus und legte es dem EuGH zur Vorabentscheidung vor.

Gem. Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 2000/31 dürfen die Mitgliedsstaaten den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft aus einem anderen Mitgliedsstaat nicht aus Gründen einschränken, die in den koordinierten Bereich fallen (Herkunftslandprinzip). Davon abweichend können die Mitgliedsstaaten im Hinblick auf einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft Maßnahmen ergreifen, die dem Schutz der öffentlichen Ordnung einschließlich des Jugendschutzes und der Bekämpfung der Hetze dienen.

Das KoPl-G verpflichtet Kommunikationsplattformen allgemein dazu, ein Melde- und Überprüfungssystem für angeblich rechtswidrige Inhalte einzuführen und regelmäßig Berichte über die Behandlung solcher Meldungen zu erstellen. Diese Verpflichtungen erfordern nicht den vorherigen Erlass eines individuell-konkreten Rechtsakts.

Nach Ansicht des Generalanwalts darf ein anderer als der Herkunftsmitgliedsstaat Ausnahmen vom freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft nur durch auf den konkreten Einzelfall bezogene Maßnahmen vorsehen, und zwar nach vorheriger Mitteilung an die Kommission und Aufforderung an den Herkunftsmitgliedsstaat, Maßnahmen zu ergreifen, was aber im Fall des KoPl-G nicht geschehen ist. Ließe man auch allgemein-abstrakte Regelungen zu, liefe dies auf Fragmentierung des Binnenmarkts hinaus.

Schlussantrag, C-376/22 (08.06.2023)



Schüler:innen erarbeiten gemeinsam, wie „ihre" Stadt funktioniert.

Schüler:innen die Daseinsvorsorge näherbringen

Ein Projekt von Stadt Wien und dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum zeigt jungen Menschen anhand konkreter Beispiele aus dem Alltag, welche Rolle die Leistungen der Daseinsvorsorge in ihrem Leben spielen.

Bereits seit April 2021 bietet das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (ÖGWM) in Wien im Auftrag des Büros für Daseinsvorsorge der Stadt Wien unter dem Titel „So funktioniert deine Stadt" Workshops für rund 5.400 Schüler:innen der 5. bis 13. Schulstufe aus allen Schultypen an. In den kostenlosen Workshops können sich die Teilnehmer:innen anhand des Beispiels Wien einen Überblick über die Leistungen der kommunalen Hand verschaffen. „Wien zählt seit vielen Jahren zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Die Leistungen der Daseinsvorsorge bilden dabei das Fundament und tragen so auch zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort bei. In unseren Workshops, die den Jugendlichen die Chance bieten, sich mit dem Funktionieren der Stadt auseinanderzusetzen, wird auf die praxisnahe Behandlung des Themas geachtet, um die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sind", erläutert Harald Lindenhofer, Direktor des ÖGWM. „Mit einem Projekt wie diesem können sich junge Menschen anhand konkreter Beispiele aus ihrem Alltag selbst ein Bild von kommunalen Zusammenhängen und Abläufen machen", begründet Thomas Bohrn, Leiter des Büros für Daseinsvorsorge der Stadt Wien das Engagement der Stadt Wien für das Schulprojekt „So funktioniert deine Stadt. Die Wiener Daseinsvorsorge".

So praxisnah wie möglich

Besonderes Augenmerk liegt darauf, dass die kommunalen Leistungen so nah wie möglich an der Lebenswelt der jeweiligen Teilnehmer:innen vorgestellt werden. Das umfasst hochwertiges Wohnen, eine nachhaltige und krisensichere Energieversorgung, eine allumfassende und verlässliche Gesundheitsversorgung, eine zuverlässige Abfallwirtschaft, eine stets funktionierende Wasserver- und -entsorgung, ein gut ausgebautes leistbares Öffi-

© Fotos: ÖGWM

Netz, ein vielseitiges Kultur- und Freizeitangebot und vieles mehr. Die Workshops, die entweder in der Schule oder in Räumlichkeiten des ÖGWM abgehalten werden, sollen zeigen, wie wichtig das Erbringen dieser kommunalen Basisleistungen für die Ermöglichung eines „guten Lebens“ in der Stadt ist. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg stehen auch der Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität im Fokus.

Schüler:innen machen mit

Unterschiedliche didaktische Mittel stellen die aktive Einbindung der Workshopteilnehmer:innen sicher. Grafiken und Broschüren regen zum Nachdenken an, gezielte Fragestellungen an die Schüler:innen fördern den Erfahrungsaustausch und führen zur Schilderung bisher gesammelter Beispiele aus ihrem persönlichen Umfeld, egal ob aus dem In- oder Ausland.
Ebenso werden Schätzfragen eingebaut, Wünsche der Lehrer:innen und Schüler:innen berücksichtigt und vieles mehr. In den Workshops wird möglichst flexibel auf die jeweiligen Interessen, Anregungen und Erfahrungswerte der Schüler:innen sowie aktuelle Entwicklungen eingegangen.

Jobs mit Sinn und Zukunft

Egal ob Müllaufleger:in, Straßenbahnfahrer:in, Sozialarbeiter:in oder auch weniger bekannte Tätigkeitsfelder wie Baumeister:in, Familienhebamme oder Netztechniker:in: Innerhalb der Daseinsvorsorge gibt es eine breite Palette an spannenden und krisensicheren Berufen.
„Hinter den Leistungen, die wir tagtäglich in Anspruch nehmen, stehen Tausende Mitarbeiter:innen, die 365 Tage im Jahr zu jeder Tages- und Nachtzeit daran arbeiten, die Stadt am Laufen zu halten. Ihrem Einsatz verdanken wir es maßgeblich, dass man sich in Wien keine Gedanken darüber machen muss, ob man die Leistungen, die man im Alltag benötigt, auch verlässlich erhält“, so Thomas Bohrn, Leiter des Büros für Daseinsvorsorge der Stadt Wien. Ganz gleich, ob es um die Qualität des Wiener Wassers, das Funktionieren des öffentlichen Verkehrs, die Sauberkeit des öffentlichen



Raums wie Straßen, Parkanlagen oder Grünflächen oder die Bereitstellung umfassender medizinischer Versorgung durch die Stadt und vieles mehr geht: Hinter den Leistungen der Daseinsvorsorge stehen unzählige Menschen, die verteilt auf mehr als 200 Berufsfelder mit ihrer Arbeitsleistung entscheidenden Anteil daran haben, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge auf einem internationalen Top-Niveau erbracht werden – und das auch in Ausnahmesituationen wie beispielsweise der COVID-19-Pandemie. Damit diese kommunalen Dienstleistungen, deren Erbringung auf qualitativem Höchstniveau oftmals als selbstverständlich wahrgenommen wird, auch weiterhin auf so hohem Niveau erbracht werden können, bekommen die Schüler:innen in den Workshops auch Gelegenheit, einen Blick auf die hinter den Leistungen stehenden Berufe und Tätigkeitsfelder zu werfen.
Gut ausgebildete, motivierte und engagierte Mitarbeiter:innen in der Daseinsvorsorge sind das Fundament der Entwicklung und der Zukunft der Stadt und damit des eigenen Lebensumfeldes.

Reparatur der Schwellenwerteverordnung 2023

Schwellenwerteverordnung verlängert und Verfassungswidrigkeit aufgehoben

Das Thema Schwellenwerteverordnung 2023 geht in die nächste Runde.
Mangels Zustimmung der Länder wurde die am 19. 5. 2023 kundgemachte Änderung der Schwellenwerteverordnung 2023 als verfassungswidrig eingestuft.
Diese Verfassungswidrigkeit wurde mit Verordnung gemäß BGBl II 202/2023 vom 28. 6. 2023 repariert.
Vor diesem Hintergrund wurde die Befristung der Schwellenwerteverordnung 2023 erfreulicherweise mit 31. 12. 2023 festgesetzt.

Eine ausführliche Abhandlung über die Schwellenwerteverordnung erscheint in der ÖGZ 10/2023 im Oktober.

Kommunale PionierInnen

Ottilie Ninaus (1905–1989)

Gundi Jungmeier

Wer sich auf eine Spurensuche in der Kommunalpolitik macht, kommt schnell an die Grenzen, denn die Quellenlage ist schwierig. Vieles gerät allzu schnell in Vergessenheit. Das betrifft auch und vor allem Frauen. Ihre Beteiligung muss Stück für Stück wie ein Puzzle zusammengesetzt werden.

Ein Zeitungsbericht aus dem Jahr 1949 hat mich auf Ottilie Ninaus gebracht, die ab 1947 im südsteirischen Sierling (ab 1968 Teil der Gemeinde Marhof, seit 2015 Stainz) Bürgermeisterin war. Damit war sie eine der frühesten Bürgermeisterinnen, von denen wir aktuell wissen. Vor ihr war noch Maria Rothschedl 1946 für etwa zwei Monate in Oberhaag bei Arnfels Bürgermeisterin.



Bürgermeisterin Ninaus (rechts) im Gespräch mit der Nachbarin „Pscheider“, 1949

Die gelernte Schneiderin Ottilie Ninaus, geb. 1905 als Ottilie Wachter, und ihr Mann Josef Ninaus (1878–1947) lebten zunächst in Graz, wo er Gemeindebediensteter und bis zum Verbot der Sozialdemokratie 1934 Gemeinderat war. 1936 kam das Paar nach Sierling, den Heimatort von Josef, und bewohnte ein kleines Weingartenhaus. Nach dem Krieg wurde Josef Bürgermeister und zog 1946 in den Nationalrat ein. Nach seinem Tod 1947 folgte ihm Ottilie als Bürgermeisterin nach.

Die über 11 km² große Gemeinde Sierling zählte damals etwa 500 Einwohner:innen und bestand aus einigen größeren und vielen kleinen Bauernhöfen, zwei Sägewerken und ein paar Gasthöfen. Die Menschen lebten von Landwirtschaft und Forstarbeit. Das Gemeindeamt war in einem Bauernhaus untergebracht, die Gemeinderatsmandate waren im Verhältnis 5:4 zugunsten der SPÖ verteilt.

Prekäre Gemeinde

Ottilie Ninaus übernahm eine schwierige Aufgabe. Sierling hatte noch keinen elektrischen Strom, die Wege waren dringend ausbaubedürftig und die Lebensbedingungen für die meisten prekär. Besonders schwierig gestaltete sich die Organisation der Lebensmittelablieferungen, da die bäuerliche Bevölkerung selbst mit Not und Knappheit zu kämpfen hatte. In einem Ausschuss der Gemeinde, in dem auch Ninaus vertreten war, wurde bestimmt, wer was in welcher Menge abliefern musste, um die Vorgaben der Bezirkshauptmannschaft zu erfüllen. Außerdem war sie beim Ausfüllen von „Steuerbekenntnissen“ (Steuererklärungen) und bei anderen Formalitäten behilflich. Ein Anliegen war ihr auch eine gute Versorgung von „Altersrentnern“, die auf den Bauernhöfen untergebracht waren.

Obwohl Ottilie Ninaus ihr Amt mit viel Engagement ausfüllte, kam es – vermutlich bei der Gemeinderatswahl 1950 – zu einem Wechsel. Die Elektrifizierung und der Ausbau der Straßen erfolgten erst später.

Leben nach der Politik

Ottilie Ninaus bewohnte weiterhin ihr kleines Häuschen, verfügte aber auch über eine Mietwohnung in Seiersberg. Die Menschen, die sich an sie erinnern, beschreiben sie als lebensfroh, offen und selbstbewusst. Finanziell war sie durch ihre Witwenpension sehr gut abgesichert und konnte sich manchen Luxus gönnen. In ihr Häuschen investierte sie nichts mehr. Da sie kinderlos war, wurde das sanierungsbedürftige Gebäude schließlich von der befreundeten Nachbarfamilie übernommen, die sich im Alter um sie kümmerte.

Politisch war Ottilie Ninaus nach ihrem Ausscheiden nicht mehr aktiv. Sie fühlte sich aber zeitlebens der SPÖ sehr stark verbunden und pflegte freundschaftliche Kontakte bis in hohe Parteikreise. Zuletzt lebte sie in einem Seniorenheim in Graz. 1989 starb Ottilie Ninaus und wurde bei ihrem Mann am Urnenfriedhof Graz beigesetzt.

© Foto: Privatbesitz Familie Langmann

Stadtspuren – Industrie und Wandel

Der Industriepfad nützt den Erlebnisraum Stadt als Freilichtmuseum.

Dornbirn als Industriestadt in Vorarlberg kann eine Reihe von Superlativen vorweisen. Hier wurde die erste Tüllfabrik sowie die erste mechanische Weberei der Monarchie errichtet, hier standen der größte Websaal und die größte Seidenspinnerei Österreichs, hier führte Kaiser Franz Joseph sein erstes Telefonat. In Dornbirn stand einst die Hälfte aller Webstühle des Textillandes Vorarlberg, die erste mechanische Spinnerei und der bedeutendste Metallbetrieb des Landes, hier wurde auch der heftigste und längste Streik Vorarlbergs geführt. Noch heute sind Großbetriebe wie z. B. die Zumtobel AG oder Meisterbäcker Ölz international bekannte Industrieunternehmen, und die Stadt ist stolz, immer noch Industriestadt zu sein.



© Foto: MEDIArt/Andreas Uher

Wie an einer Perlenkette

Bereits vor Jahrzehnten formulierte Klaus Fessler erstmals die Idee einer „Industriearchäologischen Exkursion durch Dornbirn“. Er entwickelte einen Pfad als „Freilichtmuseum“, denn „wie an einer Perlenkette sind Dornbirns Industriegebäude mit Maschinen entlang der Dornbirner Ache und dem Müllerbach (Karlesgraben) aufgefädelt“. Doch durch das zeitgleich stattfindende Verschwinden der Textilindustrie – Dornbirn wurde zum Ziel-IIb-Gebiet – kam es zu keiner Umsetzung.

Die Idee jedoch wurde immer wieder aufgegriffen und diskutiert, aber erst die Aufnahme des Konzeptes in das Kulturleitbild 2015–2025 für die Stadt Dornbirn führte zu einer Umsetzung des Projektes. Der geplante Pfad sollte als kulturelle Achsenbildung quer durch das Stadtgebiet für die Stärkung eines unver-



Eröffnung der Stadtspuren am 7. Mai 2023. Stadtarchivar Werner Matt, Bürgermeisterin Andrea Kaufmann, Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink und Klaus Fessler (v. l. n. r.)



Begleitband
Stadtspuren – Industrie und Wandel

Klaus Fessler und Werner Matt (Hg.)
Stadtarchiv Dornbirn,
ISBN 978-3-901900-62-4
215 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.
39,– Euro

LINKS:

https://stadtarchiv.dornbirn.at/stadtspaziergaenge/stadtspuren-industrie-und-wandel

https://iappear.app/i.appear_de/stadtspuren_de/

wechselbaren kulturellen Profils der Stadt Dornbirn Sorge tragen und die Bereiche Alltagskultur, Industriekultur sowie Kunst und Kultur im öffentlichen Raum erschließen.
Gemeinsam mit Klaus Fessler entwickelte Stadtarchivar Werner Matt in Abstimmung mit Stefan Burtscher sowie Philipp Bechter (Abt. Stadtplanung) ein Umsetzungskonzept, das die oben genannten Strukturen aufzeigt, lesbar macht und zu industriehistorischen Schätzen hinleitet. Durch eine hohe Vermittlungsqualität und die große Wertigkeit der einzelnen Stationen wird auf den herausragenden Stellenwert der Industriegeschichte in Dornbirn verwiesen. Das im Stadtraum bestehende kulturelle Erbe sollte genutzt werden, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Zum Erreichen der Ziele wurde ein Netzwerk zwischen öffentlichen Einrichtungen, lokalen Gemeinschaften und Initiativgruppen gespannt, in dem sich Objekte, Geschichten und Erinnerungen fanden.

Bürgerengagement und Nachhaltigkeit

Dornbirn ist in der glücklichen Lage, gleich mehrere Objekte zu besitzen, die von Mitgliedern des Vorarlberger Technischen Vereins in rund zwölftausend Arbeitsstunden ehrenamtlich unter Begleitung des Denkmalamtes saniert wurden. Nach Absprache mit dem Verein wurden diese Objekte in den Industrielehrpfad integriert. Dadurch ergeben sich für alle Seiten Vorteile. Das Kraftwerk Rohrbach, die Energiezentrale in Rhombergs Fabrik, die Dampfmaschine in Schmelzhütten sowie die Dampfwalze bei der Karrenseilbahn sind wahre Schmuckstücke. Durch Integration in die industriegeschichtliche Route und die professionelle Grafik werden diese bemerkenswerten Objekte noch mehr in den Blick der Öffentlichkeit gestellt. Durch eine private Donation an die Geschichtswerkstatt Dornbirn ist auch nach der Eröffnung des Pfades eine laufende Betreuung der technischen Objekte gewährleistet.

Name und Signet

Der gewählte Begriff „STADTSPUREN“ weist auf den Stadtraum als einen Erlebnisraum im Sinne eines Freilichtmuseums hin. Der erläuternde Zusatz „Industrie und Wandel“ beschreibt die Dynamik und die Bedeutung, die die Industrie für die Entwicklung der Stadt und für das Leben der Menschen hatte und hat. Der Zusatz soll aber auch gleichzeitig andeuten, dass die Spurensuche von historischen Stätten bzw. Objekten hin zu produzierenden Betrieben und pulsierenden Arealen führt — eine Entdeckungsreise zu bekannten und unbekannten Orten und Geschichten.

Drei Elemente

Die Stadtspuren bestehen aus drei Elementen: den einzelnen Stationen entlang der Dornbirner Ache und dem Müllerbach, einem Buch mit weiterführenden Texten und Illustrationen sowie einer App. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport sowie dem Land Vorarlberg.
Die App „i.appear“ von Marilena Tumler erlaubt nicht nur das Auffinden der nächsten Station, sondern bietet auch eine Vielzahl an zusätzlichen Informationen, die vor Ort, in der Schule, aber auch von zu Hause aus aufgerufen werden

© Foto: MEDIArt/Andreas Uher

können. Kurze Filmsequenzen, hörbuchartige Informationen mit Original-Tonbeispielen, digitale Lehr- und Lernspiele, interaktive Elemente, aber auch die Vermischung der virtuellen mit der realen Welt (Augmented Reality) bieten vor Ort einen wichtigen Mehrwert. Die Produkte aus dem EU-Projekt ViRAL, an dem das Stadtarchiv beteiligt war, können in diesem Rahmen umgesetzt werden.

Die Route der Stadtspuren ist auch abschnittsweise begehbar. (Schul-)Gruppen und professionelle Guides erhalten dadurch die Möglichkeit, je nach Wunsch eigene Segmente zu wählen und den Pfad in Abschnitten zu bewältigen. Zugleich erlaubt es die Themenvielfalt, auch gezielt Spezialführungen anzubieten, die sich mit Architektur-, Technik- oder Sozialgeschichte beschäftigen.

Wiederkehrende Bausteine, wie die Verwendung von Industrieelementen bei Farbe und Materialität, dienen der Wiedererkennung im Stadtraum und bilden gestalterische Verbindungen zwischen Pfad, Buch und App. Führender Gestalter war Elias Riedmann vom Büro Sägenvier, beratend wirkten Architekt Robert Fabach und Kulturamtsleiter Roland Jörg mit. Der verzinkte Stahl symbolisiert Industrie, lange Haltbarkeit und wirkt monumental, die dahliengelbe Farbe hat Signalwirkung. Zu den wiederkehrenden Dingen gehört auch die Visualisierung von Geschichte durch Zeichnungen, die in allen drei Elementen eine prominente Rolle spielen. Diese Illustrationen stellen nicht nur historische Suchbilder dar, sondern erlauben auch Zeitsprünge. An manchen Stationen werden Illustrationen auch als Wandbilder angebracht.

15 Stationen

Die Stationen durchqueren die Stadt vom Forach bis ins Gütle auf einer Strecke von rund 6,5 Kilometern, ein Aussichtspunkt auf dem Zanzenberg erlaubt einen Überblick. Die Route folgt den ältesten Weberei- und Spinnereibetrieben entlang der Dornbirner Ache und des Müllerbachs, führt aber auch an immer noch produzierenden Betriebsstandorten vorbei, die zur Metall-, Elektro- und Nahrungsmittelindustrie gehören.

An jeder Station werden zwei Themen behandelt: Zum einen die jeweilige Geschichte vor Ort – wie etwa die erste Flachsspinnerei, der größte Websaal oder der höchste Springbrunnen Europas – zum anderen wird ein wichtiges Thema der Industriegeschichte Dornbirns, wie Arbeitsbedingungen, Migration oder auch Nationalsozialismus, angesprochen.

https://stadtarchiv.dornbirn.at

H.M.I
Neusiedler Anlagenbau GmbH
Weiden am See - Wien - Friedberg - Szentgotthard

WIR SIND IHR PARTNER FÜR:

- Industrieanlagenbau
- NH3 - Ammoniak Kälteanlagen
- Fernwärme Anlagenbau
- Rohrleitung - Anbohrtechnik
- Personalleasing
- Dampfanlagen
- Rohrleitungsbau
- Industriekälteanlagen

Zentrale:
Tel: +43 2167 20836
Obere Hauptstraße 80
office@hmi-a.at
A-7121 Weiden am See
www.hmi-a.at

Stadt braucht Kultur

Das SORA-Städtebarometer 2023 hat gezeigt:
Kultur verbessert sozialen Zusammenhalt in der Stadt.

Ende Mai präsentierte Janine Heinz, Sozialforscherin am SORA-Institut und wissenschaftliche Leiterin des Städtebarometers, gemeinsam mit Städtebund-Präsident Michael Ludwig und Generalsekretär Thomas Weninger die Ergebnisse des Städtebarometers 2023.
Das Städtebarometer ist eine repräsentative Umfrage unter Bewohner:innen der Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes und wird seit 2009 von SORA im Auftrag des Österreichischen Städtebundes durchgeführt. Die Studie behandelt Fragen zum Lebensgefühl in den Städten Österreichs, zur Zufriedenheit mit den Angeboten der Städte und als Schwerpunkt 2023 das Thema Kultur.



Janine Heinz, SORA, Präsident Michael Ludwig, Generalsekretär Thomas Weninger

Teuerung lässt Lebensqualität sinken

Im Rahmen der jüngsten Erhebungen wird deutlich, dass trotz der bisherigen Krisenbeständigkeit der Städte die wahrgenommene Lebensqualität im Zuge der Preissteigerungen und multiplen Krisen im Jahresvergleich deutlich abgenommen hat. Die Teuerung und anhaltende Krisen haben sowohl die Lebensqualität als auch die positive Zukunftsaussicht stark beeinträchtigt. Dennoch erfüllen Österreichs Städte in Zeiten der Krisen eine wichtige Funktion und federn die Krisenauswirkungen insofern ab, als sie es schaffen, noch Hoffnung auf eine positive Zukunftsaussicht zu geben. Präsident Michael Ludwig: „Die Ergebnisse des Städtebarometers zeigen, dass die Politik einen klaren Auftrag hat, die Lebensrealitäten der Menschen zu verbessern. Wir werden niemanden zurücklassen und trotz aller Krisen versuchen, den Menschen ein Stück weit Zuversicht zu vermitteln."

Städte haben Schutzfunktion

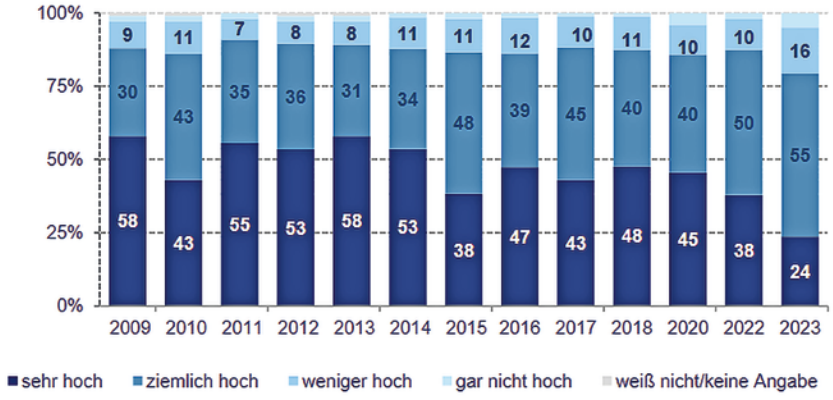
Waren es im vergangenen Jahr noch 88 % der Stadtbewohner:innen, die angaben, dass ihr Wohnort eine sehr bzw. ziemlich hohe Lebensqualität aufweist, sank dieser Wert heuer auf 79 %. Nur 16 % der Städter:innen sind optimistisch hinsichtlich der Entwicklung Österreichs. Mehr als die Hälfte zeigt pessimistische Erwartungen für die zukünftige Entwicklung des Landes.
Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die künftige Entwicklung der Städte und Gemeinden in Österreich weniger negativ bewertet wird: 32 % der Befragten haben das Gefühl, dass sich die Dinge in ihrer Wohngemeinde in die richtige Richtung entwickeln, für Österreich ist dieser Wert mit 16 % nur halb so hoch. Das lässt auf die Resilienz von Österreichs Städten und Gemeinden schließen. Die Kommunen bieten ihren Bewohnerinnen und Bewohnern Schutz und Sicherheit.

Kultur wird geschätzt

Im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema Kultur wird deutlich, dass sechs von zehn Stadtbewohner:innen dieses Thema als besonders wichtig erachten und persönlich daran interessiert sind. In Wien liegt dieser Anteil sogar bei sieben von zehn. Es zeigt sich, dass Österreichs Stadtbewohner:innen kulturell sehr aktiv sind und im Jahr 2022 durchschnittlich 20 Mal kulturelle Angebote genutzt haben. Am häufigsten wurden historische und kulturelle Denkmäler, Gedenkstätten und Bauwerke besucht, gefolgt von Kinos und Filmvorführungen sowie Musikveranstaltungen und Museen bzw. Kunstgalerien. Rund ein Zehntel der Stadtbewohner:innen hat im vergangenen Jahr kein kulturelles Angebot in Anspruch genommen – darunter mehr Frauen als Männer, Menschen zwischen 45 und 59 Jahren und Menschen in einer prekären finanziellen Situation.

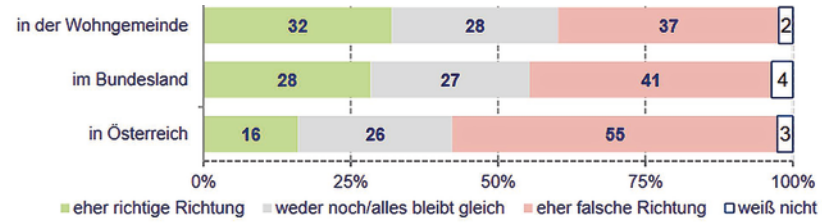
© Foto: C. Jobst/PID

Einschätzung der Lebensqualität in der Wohngemeinde; Zeitvergleich



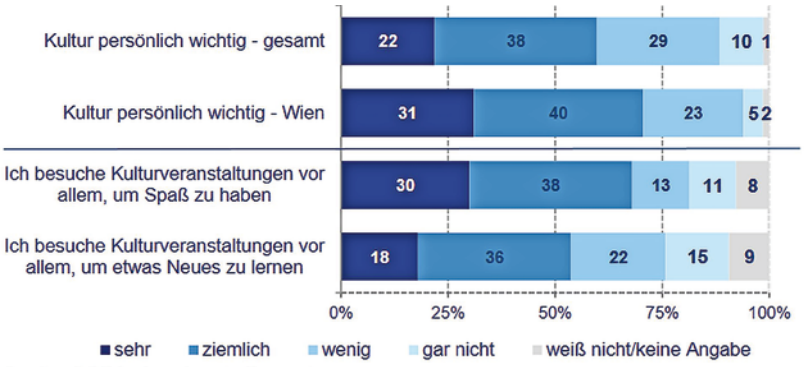
Quelle: SORA, Angaben in Prozent (seit 2015 leicht geändert abgefragt).

Zukünftige Entwicklung der Wohngemeinde, des Bundeslandes und Österreichs



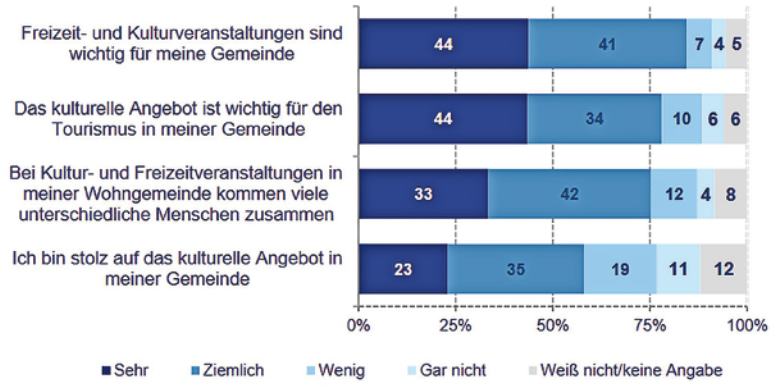
Quelle: SORA, Angaben in Prozent.

Bedeutung von Kultur und Gründe für Kulturbesuch



Quelle: SORA, Angaben in Prozent.

Bedeutung von Kulturangeboten für den Wohnort



Quelle: SORA, Angaben in Prozent.

Kultur fördert Sozialintegration

Die vorliegende Studie verdeutlicht zudem, dass die Nutzung von Kulturangeboten überwiegend direkt im Wohnort stattfindet und dass die Bedeutung dieser Angebote für den Wohnort durchgehend als hoch eingeschätzt wird. Dies gilt sowohl für den Tourismus, die Bewohner:innen der Städte als auch für die Förderung sozialer Durchmischung.
Das Städtebarometer 2023 zeigt zudem, dass Kultur einen direkten Zusammenhang sowohl mit politischer Partizipation als auch mit sozialer Integration aufweist – besonders, wenn diese Angebote kostenlos sind. Kostenlose Kulturangebote tragen folglich zur Verbesserung des Zusammenlebens, des Gemeinschaftsgefühls und der sozialen Durchmischung in den Gemeinden bei. Daher leisten die Städte mit ihren lokalen Kulturangeboten einen bedeutenden Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zur sozialen Integration.

Kulturangebote federn Krisenfolgen ab

Dies hat auch einen positiven Effekt auf die wahrgenommene Lebensqualität in der Wohngemeinde: Eine hohe Lebensqualität geht Hand in Hand mit einer erhöhten Nutzung kultureller Angebote, einer starken Sozialintegration sowie der Anerkennung der Bedeutung von Kultur für das Zusammenleben. Angesichts der aktuellen Krisensituation bedeutet dies, dass lokale Kulturangebote die Auswirkungen der Krise auf die Lebensqualität abmildern können. „Die Tatsache, dass nicht nur die finanzielle Lage, sondern auch die kulturelle Beteiligung einen Einfluss auf die Lebensqualität hat, unterstreicht die Notwendigkeit, neben politischer und wirtschaftlicher Teilhabe auch die kulturelle Teilhabe zu fördern“, betonte Generalsekretär Thomas Weninger.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER

www.staedtebund.gv.at/services/publikationen/studien-oestb/

© Abbildungen: SORA



Gemeindefinanzprognose

Die Prognose der Gemeindefinanzen vom Juni 2023 zeigt, dass städtische Leistungen nicht mehr gesichert sind. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen ist in den nächsten Jahren eine erhöhte Gefahr für einen Investitionsrückstau zu erwarten – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Kinderbetreuung.

Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung hat im Auftrag des Österreichischen Städtebundes eine Prognose zur Entwicklung der Gemeindefinanzen bis zum Jahr 2026 erstellt, die Ende Juni präsentiert wurde. Unter Berücksichtigung aktueller Prognosegrundlagen (wie zum Beispiel WIFO, Bundesministerium für Finanzen) wird die Liquidität 2023 und Folgejahre auf einem ähnlich geringen Niveau wie im Krisenjahr 2020 liegen.

Der Überschuss der operativen Gebarung (Öffentliche Sparquote – ÖSQ) wird mittelfristig statt der erforderlichen 13 bis 15 Prozent nur bei 8 bis 9 Prozent liegen. Somit fehlt real ein Drittel des Spielraums für Investitionen im Vergleich zu den Vorkrisenjahren. Die ÖSQ zeigt an, inwieweit Überschüsse in der operativen Gebarung erwirtschaftet werden können, um diese vor allem in kommunale Infrastruktur zu investieren.

Daseinsvorsorge stärken

Die aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen sollten genutzt werden, die finanziellen Spielräume der Gemeinden zu sichern, damit auch mittelfristig die Finanzierbarkeit der kommunalen Daseinsvorsorge gegeben ist und die notwendigen Zukunftsinvestitionen getätigt werden können.

Die Anpassung des vertikalen Finanzausgleichs zugunsten der Städte und Gemeinden sowie der Länder wäre hier ein sehr wichtiger Schritt.

Generalsekretär Thomas Weninger fordert darüber hinaus die Einrichtung eines kommunalen Klimainvestitionsfonds, etwa indem das bisherige Kommunale Investitionsprogramm verstetigt wird. „Für die Finanzierbarkeit des stadtregionalen ÖPNRV braucht es einen eigenen ÖV-Stadtregionsfonds, welcher neben der Finanzierung auch die bessere Planung und Steuerung unterstützt."

Um die kommunale Daseinsvorsorge abzusichern, ist laut Weninger die schon längst fällige Grundsteuerreform zu realisieren und verschiedene Reformprojekte umzusetzen, etwa im Bereich Elementarpädagogik, Ganztagsschule oder Gemeindekooperationen. Jedenfalls braucht es auch Maßnahmen zur Attraktivierung der Gemeinden als Arbeitgeber:innen.

Hohe Ausgabensteigerungen

2023 werden die Ausgaben deutlich stärker steigen als die Einnahmen. Dies ist primär auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens werden die Ertragsanteile, welche knapp 40 Prozent der Einnahmen der Gemeinden ausmachen, 2023 gegenüber 2022 aufgrund der Steuerreformen des Bundes leicht zurückgehen.

Zweitens sind die Städte und Gemeinden mit hohen Ausgabensteigerungen konfrontiert. Zu nennen sind insbesondere gestiegene Energiepreise, die Inflation und erhöhte Baukosten, weiters auch höhere Gehaltsabschlüsse und Ausgaben für den öffentlichen Verkehr. Auch die Ko-Finanzierungsleistungen der Gemeinden in den Bereichen Gesundheit und Soziales entwickeln sich dynamisch, da sich auch hier neben der Demografie die Preissteigerungen bemerkbar machen. In Summe ergibt dies geringere Investitionsspielräume. Zudem wird die Anzahl an Abgangsgemeinden steigen.



Generalsekretär Thomas Weninger



KDZ-Expertin Karoline Mitterer



KDZ-Geschäftsführer Peter Biwald

© Alle Fotos: Thomas Meyer

Kinderbetreuung gegen Soziales und Klimaschutz

Zu betonen ist, dass die Gemeinden in den nächsten Jahren mit hohen Leistungs- und Investitionserfordernissen konfrontiert sind. Erstens ist sowohl quantitativ als auch qualitativ in den Kinderbetreuungsbereich zu investieren. Zweitens tragen die Städte und Gemeinden wesentlich zur Finanzierung der sehr dynamischen Aufgabenbereiche Soziales und Gesundheit bei. Drittens kommen auf die Gemeinden hohe Investitionsbedarfe im Klimaschutz zu.

Klimainvestitionen jetzt

Städte und Gemeinden müssen einerseits in Klimaschutz investieren, um ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Dies betrifft beispielweise energieeffiziente Gebäude (zum Beispiel thermische Sanierung, Umstellung der Heizsysteme), einen emissionsarmen Fuhrpark oder die Bereitstellung einer alternativen Energieversorgung. Zentral wird auch der kostenintensive Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr insbesondere im stadtregionalen Kontext sein. Andererseits sind Städte und Gemeinden zentrale Player im Bereich der Klimawandelanpassung. So ist die Infrastruktur an die neuen Wetterextreme anzupassen (zum Beispiel Hochwasserschutz, Kanalkapazität) und die Gemeinde insgesamt kühler zu gestalten (zum Beispiel Entsiegelungen, Begrünungen).
45 Prozent des öffentlichen Kapitalstocks entfallen auf die Gemeindeebene, weshalb Klimainvestitionen auf Gemeindeebene für das Erreichen der Klimaziele zentral sind. Das Potenzial kann jedoch nur gehoben werden, wenn gleichzeitig auch ausreichend Finanzierungsmöglichkeiten gegeben sind.

PRESSE-KONFERENZ-VIDEO

www.staedtebund.gv.at/services/videoarchiv/

EU-Projekt CINEMA

Kreative Schätze aus der Bevölkerung heben und Leerstand bekämpfen

Um Herausforderungen eines Stadtzentrums mit leeren Geschäftsflächen zu begegnen und Ideen für Klein- und Mittelbetriebe aus der Bevölkerung zu generieren, nahm Leonding am transnationalen EU-Projekt CINEMA teil. Acht Städte mit ähnlichen Herausforderungen aus unterschiedlichen europäischen Ländern waren Teil des Projekts. Die Stadt Leonding schuf einen mehrstufigen Prozess. In einem Schritt wurden Workshops organisiert, um Innovator:innen, Kreativschaffende sowie Klein- und Mittelunternehmen zu vernetzen und Ideen zu sammeln. Es gab Aktionen, um die lokale Kreativszene niederschwellig vor den Vorhang zu holen. Dafür gestaltete unter anderem der Künstler Gerald Priewasser-Höller eine Telefonzelle am Leondinger Stadtplatz um, in der dann abwechselnde Kreativschaffende wie z. B. eine Schneidermeisterin ihre Arbeit präsentierten. Wichtig war natürlich das Zusammenfügen konkreter Projektinputs, um die zahlreichen Ideen in die Tat umzusetzen.



Die Blütenboutique von Verena Zoitl belebt das Leondinger Stadtzentrum.

Pandemie als Chance

Der Start war alles andere als einfach: Genau als im Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie losbrach, lief das Projekt an. Das war aber auch eine Chance! Gezielt wurden im Lockdown virtuelle Bottom-up-Formate entwickelt, die die Bevölkerung bei Ideen zur Belebung des Stadtkerns einbanden. In einem Hackathon fragte man nach Wünschen und Ideen, die große Beteiligung aus der Bevölkerung bei Jung und Alt überraschte sogar die Stadtverwaltung. Die Stadt und die politisch verantwortliche Bürgermeisterin unterstützten das Projekt in der Rolle als Kommunikatorin, Vernetzerin und Begleiterin zur Umsetzung von Ideen vom Start weg. Auch die oberösterreichische Standortagentur „Business Upper Austria“ und eine Beratungsfirma für Stadt- und Regionalentwicklung waren eingebunden.

Lebenswertes Leonding

Weiterführende Workshops brachten Schwerpunkte für ein lebenswertes Leonding zu Tage und erste Betriebsansiedlungen wurden durchgeführt. Themen wie Nahversorgung, Netzwerke für Frauen, der Wochenmarkt, das 44er Haus als Hort für Kreative im Stadtzentrum sowie eine spezifischere, auf Kreative zugeschnittene Kommunikation tauchten als neuralgische Punkte immer wieder bei der Bevölkerung auf. So konnten im Laufe des Projekts zwei Schwestern ihren Traum verwirklichen und einen Dekoshop mit angeschlossenem Café (Carophie) mitten im Stadtzentrum gründen. Auch die „Blütenboutique“, ein Geschäft für Floristik und Dekoration, ebenfalls mitten im Leondinger Stadtkern, wurde während der Projektzeit gegründet. Diese in die Tat umgesetzten Ideen sind beispielgebend für das Wirken der lokalen innovativen Bevölkerung und beleben seither das Leondinger Zentrum. Weitere Ideen wurden konkret und verwirklicht: Nahversorger:innen bzw. landwirtschaftliche Produzent:innen wurden in einen Lieferdienst eingebunden, zudem gibt es ein spezielles Female-Founder Programm für weibliche Gründerinnen und Projekte wie die bereits erwähnten Neugründungen sind gekommen, um zu bleiben.

Bereits davor verankert, aber auf jeden Fall erwähnenswert, ist das OTELO, ein offenes Technologie-Labor, in dem beispielsweise Repair-Cafés, Programmier-Workshops oder kulinarische Veranstaltungen wie gemeinsames Kochen stattfinden können. Für die Zukunft ist geplant, den beliebten traditionellen regionalen Wochenmarkt mit bäuerlichen Erzeugnissen um weiterführende Themenmärkte zu ergänzen.

Mit Ablauf der zweijährigen Projektzeit wurde eine Art Landkarte der Kreativ-

© Alle Fotos: Gregor Hartl



In der Carophie kann man nicht nur Dekorationsartikel einkaufen, sondern auch guten Kaffee genießen.



Daniela Limberger, Geschäftsführerin der Agentur für Standort und Wirtschaft Leonding GmbH, mit der externen Projektleiterin Gisa Schosswohl vor dem 44er Haus mit der umgestalteten Telefonzelle

wirtschaft erarbeitet. Diese ging vom traditionellen Handwerker über eine Theatergruppe bis hin zu Galerien und Fotografen. Eine zentrale Erkenntnis war, dass eine spezifische, auf die Zielgruppe zugeschnittene Kommunikation unumgänglich ist, um die Menschen ins Boot zu holen.

Dazu braucht es auch klare Sprache und einladenden Stil.

„Wir freuen uns darüber, dass wir mit dem Projekt viele Inputs aus der Bevölkerung sammeln konnten, die auch umgesetzt wurden“, so Sabine Naderer-Jelinek, Bürgermeisterin von Leonding.

Haustechnik
OTTO WÜGER

Ihr kompetenter Partner in den Bereichen:

✔ Heizung
✔ Sanitär
✔ Erneuerbare Energie
✔ Kältetechnik
✔ Klima
✔ Wohnbau

Obere Hauptstraße 80
7121 Weiden am See
Telefon: 02167 / 20 836
E-Mail: office@haustechnik-wueger.at
Web: www.haustechnik-wueger.at
Haustechnik Wüger GmbH

AKTION

Heizen und Kühlen mit einer Klimaanlage von Korel

Korel Klima Set ab 2,6 kW - Innengerät (Wifi inkl.) und Außengerät

Preis: € 580,- inkl. Mwst.

Preis gilt nur für das obige Produkt. Rohrmaterial, Bohrungen, Kabelkanal, E.-Anschluss, Boden/Wandkonsole sowie Montage und Inbetriebnahme sind im oben angeführten Preis nicht enthalten.



JETZT SICHERN!

Der lebende Sarg

Naturbestattungen werden immer beliebter. Bisher waren sie nur in einer Urne möglich. Mit dem Pilzsarg der Bestattung Wien gehört dies nun der Vergangenheit an.

Birgit Kopp, Bestattung Wien

Im Herbst letzten Jahres wurde „der lebende Sarg“ erstmals in Österreich vorgestellt. Die Präsentation schlug medial große Wellen, immerhin stellt er eine absolute Innovation im österreichischen Bestattungswesen dar.

Die immer öfter nachgefragte Naturbestattung war bis jetzt nur in speziellen Urnen möglich, da die letzte Ruhestätte in einem Wald oder auf einer Wiese die komplette biologische Abbaubarkeit des verwendeten Materials verlangt. Die Bewahrung der natürlichen Umgebung ist oberste Prämisse.

Die Beisetzung in einer Urne setzt eine Einäscherung voraus. Kremierungen sind weithin akzeptiert, dennoch gibt es Menschen, für die sie aus persönlichen, religiösen oder individuellen Gründen nicht in Frage kommen und die sich daher bis jetzt auch keine Naturbestattung vorstellen konnten.



© Foto: Loop Biotech

Alternative Bestattungsarten

Die meisten Menschen hierzulande entscheiden sich für Erd- oder Feuerbestattungen auf Friedhöfen und in Urnenhainen. Alternative Bestattungsarten, und hier besonders Naturbestattungen, wurden jedoch in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend beliebter. Die Beisetzung in einem Wald, auf einer Wiese, auf der Donau oder im Meer gehören genauso dazu wie die sogenannte Diamantbestattung, bei der ein kleiner Teil der Asche zu einem Diamanten gepresst wird, oder die Urne daheim, bei der der private Wohnraum eines/r Angehörigen zur Gedenkstätte wird.

Der letzte Weg ist für viele Ausdruck ihrer individuellen Vorlieben, Wünsche und Vorstellungen, sie wollen gehen, wie sie gelebt haben. Der Fokus der Bestattung Wien ist immer auf die Hinterbliebenen und Kund:innen gerichtet: Was brauchen die Angehörigen, was wird nachgefragt? Und allgemeiner: Welche gesellschaftlichen Trends gibt es und welche Ideen oder Innovationen ergeben sich dadurch in der Bestattungsbranche?

Ein Sarg aus Pilzen

Eine solche bahnbrechende neue Entwicklung stellt der „Living Cocoon“ der niederländischen Firma Loop Biotech dar. Der lebende Sarg besteht aus Pilzen, genauer gesagt aus Myzelien, seinem Wurzelgeflecht, das unterirdisch verläuft und den eigentlichen Pilz darstellt. Dieses Myzel gilt als der weltbeste natürliche Wiederverwerter. Es wandelt organisches Material und Toxine in wichtige Nährstoffe um, durch die sich neues Leben entwickeln kann. Pilze werden beispielsweise an verseuchten Standorten wie Tschernobyl zum Abbau von radioaktivem Material eingesetzt, um den Boden wieder fruchtbar zu machen.

Bei der Herstellung des neuartigen Pilzsarges entsteht kein CO_2: Die Myzelien werden in einer geeigneten Passform in sieben Tagen ohne Einsatz von Wärme, Strom oder Licht herangezüchtet. Sobald der Sarg seine Grundform erreicht hat, wird das Geflecht getrocknet, wodurch das Wachstum des Pilzes unterbrochen

und er in eine Art Ruhezustand versetzt wird.
Nach der Beisetzung belebt das Grundwasser das Myzelgeflecht wieder, es beginnt zu arbeiten, dabei neutralisiert es Toxine der Erde und des Körpers. Verschmutzte Böden werden regeneriert, Kohlenstoff und andere Energiequellen im Laufe des Zersetzungsprozesses ihnen zugeführt. Der lebende Sarg versorgt den Boden mit organischen Bausteinen, aus denen neues Leben und damit biologische Vielfalt entsteht. Mit einem Pilzsarg schließt sich so auf natürliche Art und Weise der Kreislauf des Lebens.

Ein Sarg wie jeder andere?

Der Tod eines nahestehenden Menschen ist meist ein einschneidendes Erlebnis, das Begräbnis stellt danach ein wichtiges Ritual im Trauerprozess dar. Vom Sarg als wichtigem Element der Verabschiedung haben viele ein bestimmtes Bild vor Augen.
Die äußere Form des Pilzsarges ist herkömmlich länglich, die Oberfläche weich und die sogenannte Einbettung innen besteht aus einem Kopfkissen, einer weichen Decke und, auf Wunsch, einem Bett aus Moos.
Die Tragfähigkeit unterscheidet sich trotz des ungewöhnlichen Materials nicht von der anderer Särge, da das Myzel mit seinen Tausenden winzigen Fäden nicht nur das perfekte Bindematerial bildet, sondern auch natürlich hydrophob und damit wasserdicht ist.
Aktuell noch in den Niederlanden, sollen die Särge künftig auch in Österreich wachsen, um so eine ausgeglichene CO_2-Bilanz zu erreichen. Der wertvolle Rohstoff Holz wird mit dem neuen Material eingespart. Der leichte, aber robuste und wasserabweisende Sarg kann, wie Holzsärge, in trockener Umgebung unbegrenzt gelagert werden.
Der lebende Sarg kann in Österreich, je nach Gesetzeslage des Bundeslandes, nicht nur in speziellen Naturbestattungsanlagen, sondern auch für herkömmliche Erdbestattungen eingesetzt werden kann.

Bestattung Wien am Puls der Zeit

Nicht erst mit der aktuellen Energiekrise rücken für viele Menschen die Ressourcenfrage und ein schonender Umgang mit der Umwelt in den Mittelpunkt. Für das Bestattungswesen ergeben sich dadurch in den letzten Jahren auch neue Themen und Schwerpunkte.
Neben dem Pilzsarg wurde die Produktpalette vergangenen Herbst deswegen mit der „Natur Pur-Parte“ um einen weiteren umweltschonenden Artikel bereichert. Sie besteht aus recyceltem Altpapier und Gras und ermöglicht so einen „grünen“ Faden auch auf dem letzten Weg. Das kann im Rahmen einer Naturbestattung genauso sein wie bei einer traditionellen Erdbestattung oder einer Kremierung.

> Mit dem neuen, lebenden Sarg können wir nun erstmals eine Möglichkeit zur Naturbestattung anbieten, die ohne Kremierung auskommt. Das schont Ressourcen, spart CO_2 ein und ermöglicht Menschen eine Naturbestattung, für die eine Kremierung nicht in Frage kommt. Wir sind stolz, diesen neuen Sarg exklusiv anbieten zu können.
>
> Jürgen Sild, Geschäftsführer der Bestattung Wien

Bereits seit dem Herbst 2020 betreibt die Bestattung Wien im Auftrag des Forst- und Landwirtschaftsbetriebs der Stadt Wien mit der Naturbestattung Waldesruh in Breitenfurt nahe Wien außerdem einen Waldfriedhof. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Anlage seitdem bereits zwei Mal erweitert. Mitten im Wienerwald finden hier Menschen ihre letzte Ruhestätte unter Bäumen.

Selbstbestimmter letzter Weg

Ob unter Bäumen, im klassischen Familiengrab oder mit einer Bestattung auf hoher See – immer mehr Menschen möchten ihren letzten Weg im Rahmen einer Bestattungsvorsorge selbst bestimmen. Individuelle Vorstellungen werden so zu Lebzeiten festgehalten, man nimmt den Angehörigen später damit nicht nur die Organisation, sondern auch die finanzielle Belastung rund um die Bestattung ab. Das Geld dafür wird mittels Depoterlag direkt bei der Bestattung Wien hinterlegt, das sichert nach dem Ableben die wunschgemäße Umsetzung ohne administrativen oder zeitlichen Mehraufwand.
Trotz oder gerade wegen der sich ändernden Möglichkeiten und Bedürfnisse rund um das Thema Bestattung bleibt die wichtigste Aufgabe der Mitarbeiter:innen der Bestattung Wien immer das Zuhören: ob es um Fragen der Hinterbliebenen, die persönlichen Wünsche rund um die eigene Trauerfeier, naturnahe Bestattungsarten oder neuartige nachhaltige Produkte wie den lebenden Sarg geht.

Die 1907 gegründete Bestattung Wien ist das größte Bestattungsunternehmen Österreichs und eines der größten in Europa. Seit Bestehen des Unternehmens wurden rund zwei Millionen Beerdigungen und weltweite Überführungen organisiert. Derzeit werden jährlich rund 18.500 Bestattungsleistungen durchgeführt. Die Bestattung Wien ist Teil der Wiener Stadtwerke und führt siebzehn Kundenservicestellen in Wien.

LINKS

www.bestattungwien.at

www.bestattungwaldesruh.at

www.bestattungsplaner.at

PARTIZIPATION

Mit Bürger:innen die Klimaziele erreichen

Mit dieser Ausgabe beginnt eine Kooperation zwischen der Web-Plattform partizipation.at und der ÖGZ. Ab September stellen wir Ihnen regelmäßig Praxisbeispiele aus österreichischen Städten und Gemeinden vor, die Mut und Lust auf Beteiligung machen sollen.

Barbara Ruhsmann, ÖGUT

Hand aufs Herz: Haben Kommunen in dieser Zeit multipler Krisen und angespannter Budgets nicht schon genug zu tun? Was bringt Beteiligung? Und wie funktioniert sie? Warum ist Beteiligung notwendig?
Wir befinden uns als Gesellschaft – unabhängig davon, ob wir das wollen oder nicht – in einer großen Transformation. Georg Kaser, Gletscher- und Klimaforscher, drückte es beim Klimarat der Bürgerinnen und Bürger so aus: „Die Transformation wird sowieso kommen, die Frage ist nur, ob es ‚by design' oder ‚by disaster' passiert, ob wir es also mitgestalten können oder ob es uns um die Ohren fliegt." Dieses erwünschte „Design" der Transformation braucht nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen. So wie wir uns bei Gebäuden damit auseinandersetzen müssen, was im Einzelfall die beste Alternative zu Öl und Gas ist, braucht auch jeder Dialog, jeder Beteiligungsprozess vorab eine tiefgehende Auseinandersetzung mit geeigneten Methoden und Settings. Nur dann gelingt ein wirklich nachhaltiges Beteiligungsergebnis, das einer ganzen Kommune Kraft geben kann für den Weg in die klimaneutrale Zukunft mit einem guten Leben für alle.



Klimarat der Bürgerinnen und Bürger

© Alle Fotos: Karo Pernegger, BMK



Gletscherforscher Georg Kaser im Gespräch mit Bürger:innen beim Klimarat

Dialog auf Augenhöhe

Inge Pfausler aus Roppen in Tirol war eine der gelosten Bürger:innen, die am Klimarat teilnahmen, dem ersten Bürger:innenrat auf nationaler Ebene in Österreich. Warum sie mitmachte, erklärte sie zu Beginn im Jänner 2022 so: „Otto Normalverbraucher weiß in seinem Bereich auch viel, und diese Stimme soll auch einmal gehört werden. In den üblichen politischen Entscheidungen finden sich normale Menschen oft nicht wieder." Besser kann man kaum auf den Punkt bringen, warum die Beteiligung von Bürger:innen insbesondere im Bereich Klimaschutz unumgänglich ist: Den Menschen geht es um Dialoge auf Augenhöhe. Sie wollen sich einbringen können mit ihrem Alltagswissen. Sie wollen Entscheidungen nicht vorgesetzt bekommen, sondern sie mitdiskutieren und -gestalten. Nur dann können sie sich in politischen Maßnahmen wiederfinden und sie auch mittragen. Klingt einfach, ist auch einfach.

Commitment

Ein starkes politisch-administratives Commitment ist allerdings Voraussetzung für gelungene Partizipation – und führte zum Beispiel in Gmunden zum Erfolg, als es um die Entwicklung der Klimastrategie 2030 ging. Hier zogen Bürgermeister Stefan Krapf und Vize-Bürgermeisterin Uli Feichtinger an einem Strang bei der Ausarbeitung eines breit angelegten Beteiligungsprozesses. Der wesentliche Anstoß dazu kam „von der Straße": 2019 marschierten mehr als 100 junge Menschen im Zuge der „Fridays for Future"-Klimastreiks mehrmals vor das Gmundner Rathaus und demonstrierten für mehr Klimaschutz. Die Stadtgemeinde ging auf die Demonstrierenden zu, lud sie zu Workshops, in denen man sich auf den Gmundner Klimapakt einigte, der im September 2019 einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde. Bald wurde aber klar, dass es eine verbindlichere Strategie samt messbarer Ziele, konkreter Maßnahmen sowie die Definition machbarer Projekte braucht. In Folge wurden unter anderem über eine Plattform Klima-Ideen der Bevölkerung

Wer sich in Österreich für das Thema Beteiligung interessiert, kommt an ihr nicht vorbei: Der Website partizipation.at. Hier bleiben Sie up to date zu den Themen Partizipation und Nachhaltige Entwicklung in Österreich und Europa. Ins Leben gerufen wurde die Plattform 2003 von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), damals unterstützt vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Seit 2021 ist partizipation.at eine Initiative des Bundesministeriums für Klimaschutz und zeigt sich in neuem Design. Kontinuierlich werden Praxisbeispiele aus allen Bundesländern veröffentlicht, alle zwei Monate erscheint ein Newsletter, der jeweils von unterschiedlichen Expert:innen aus Verwaltung, Wissenschaft, Recht, Umwelt-NGOs und anderen Bereichen kuratiert wird.

- *Partizipation verstehen – Basiswissen: https://partizipation.at/partizipation-verstehen/basiswissen/*
- *Praxisbeispiel – Klimarat der Bürgerinnen und Bürger: https://partizipation.at/praxisbeispiele/klimarat-der-buergerinnen-und-buerger/*
- *Praxisbeispiel – Gmunden – Entwicklung der Klimastrategie 2030: https://partizipation.at/praxisbeispiele/gmunden-entwicklung-der-klimastrategie-2030/*
- *Partizipation anwenden – Methoden: https://partizipation.at/partizipation-anwenden/methoden/*
- *Partizipation – Newsletter:*

eingeholt und es fand ein Klimarat mit 17 zufällig gelosten Bürger:innen statt. Dessen Ergebnisse wurden danach in einem öffentlichen Bürger:innen-Café vorgestellt und weiterentwickelt.
Insgesamt waren Gemeinderatsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter:innen genauso in die Entwicklung der Klimastrategie involviert wie Fridays for Future, Lehrer:innen von Klimabündnis-Schulen, Bürger:innen mit Klima-Ideen, Expert:innen regionaler Institutionen und viele mehr. Am 26. September 2022 wurde die Klimastrategie Gmunden im Gemeinderat verabschiedet. Über die Umsetzung wacht seit Beginn dieses Jahres mit Verena Pühringer-Sturmayr eine eigene Klimaschutz-Koordinatorin und die Stadtgemeinde erarbeitete für 2023 einen eigenen Klimakommunikationsplan mit Vorträgen und weiteren Beteiligungsformaten. Für dieses vorbildliche Engagement wurde die Stadtgemeinde Gmunden zuletzt mit dem ÖGUT-Umweltpreis in der Kategorie „Partizipation top-down“ ausgezeichnet.

Verschränkung von „oben“ und „unten“

Mit „Top-down“ sind Projekte gemeint, die von Politik und/oder Verwaltung initiiert werden, im Gegensatz zu Bottom-up-Prozessen, die von der Zivilgesellschaft ausgehen. Wobei sich „Top-down“ und „Bottom-up“ im Idealfall die Hand reichen. So ist es zum Beispiel beim österreichischen Klimarat der Fall gewesen: Hier hat das Klimavolksbegehren als Bottom-up-Initiative bewirkt, dass der Nationalrat die Regierung mit der Durchführung eines Klimarats beauftragt hat. Das Bundesministerium für Klimaschutz hat in weiterer Folge diese Citizens' Assembly zum Thema klimaneutrales Österreich top-down organisiert.
Die Stadtgemeinde Gmunden wiederum ist mit der Bottom-up-Bewegung Fridays for Future in Kontakt getreten und ließ sich nicht zuletzt von FFF zur partizipativen Entwicklung der Klimastrategie inspirieren.
Auf partizipation.at findet sich eine ausführliche Beschreibung und Dokumentation des Gmundner Prozesses. In der Rubrik „Warum es sinnvoll war, mit Beteiligung zu arbeiten“ sagt Vizebürgermeisterin Ulrike Feichtinger unter anderem: „Von den Teilnehmer:innen der unterschiedlichen Beteiligungsformate wurde das Gefühl von Selbstwirksamkeit und Ermächtigung rückgemeldet: ‚Ich kann endlich konkret etwas beitragen!‘.“

Empowerment

Beteiligung führt also nicht nur zu größerer Akzeptanz von politischen Maßnahmen, in gut moderierten Prozessen passiert zusätzlich etwas ganz Wesentliches: Empowerment, (Selbst-)Ermächtigung.
Warum ist das gerade im Feld der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes so wichtig? Studien von Psycholog:innen zeigen, wie heikel Klimakommunikation ist. Expert:innen weisen zwar zu Recht auf bedrohliche Szenarien hin, welche die Menschheit erwarten, wenn weiter so wenig gegen die globale Erwärmung unternommen wird. Aber gerade Katastrophenszenarien ermutigen Menschen nicht zum Handeln. Vielmehr machen sie Angst, bewirken Gefühle von Überforderung, Ohnmacht und Abwehr. Um die Klimakrise und Maßnahmen dagegen für Menschen „verkraftbar“ zu machen, muss Informations- und Wissensvermittlung so oft wie möglich in dialogische Formate, in Beteiligungsprozesse integriert werden.
Auf partizipation.at finden Sie eine umfangreiche Sammlung an Methoden – für verschiedene Anlässe, Gruppengrößen, Zeiträume.
Das Redaktionsteam der Website – Barbara Ruhsmann, David Horvath und Maxie Riemenschneider – wird für die nächsten ÖGZ-Ausgaben jeweils ein Praxisbeispiel aus einer österreichischen Stadt oder Gemeinde aufbereiten. Neben dem Anlass und den Zielen für das Beteiligungsprojekt wird auch auf die verwendete Methodik eingegangen und werden Erfahrungen zum Weitergeben geteilt.
Wenn Sie selbst in Ihrer Stadt oder Gemeinde einen Beteiligungsprozess durchgeführt haben, wenden Sie sich bitte an kontakt@partizipation.at! Das Redaktionsteam freut sich, neue spannende Projekte auf partizipation.at veröffentlichen zu können!

Datenschutz im Melderecht – Auskunftsrecht

Ein Überblick zu Auskunftsbegehren nach Art. 15 DSGVO

Kathrin Prem, Datenschutzbeauftragte der Stadtgemeinde Klosterneuburg

Im Zentralen Melderegister werden umfangreiche personenbezogene Daten verarbeitet. Jede Person kann unter den in § 16 Meldegesetz angeführten Voraussetzungen den (zumindest letzten) Hauptwohnsitz abfragen. Gemeinden dürfen Meldedaten grundsätzlich nur mit gesetzlicher Grundlage abrufen bzw. verarbeiten. Dies findet sich in § 20 Abs. 3 Meldegesetz, wonach eine Datenverarbeitung zulässig ist, sofern diese eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung einer gesetzlich übertragenen Aufgabe bildet.

Der Bürger, die Bürgerin hat das Recht, über getätigte Abfragen Auskunft im Sinne des Art. 15 DSGVO lit. a bis h zu erhalten (insbesondere etwa über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien, die Empfänger:in bzw. Empfängerkategorien und über die geplante Speicherdauer). Gemäß Abs. 3 und 4 haben Verantwortliche unter Wahrung der Rechte und Freiheiten anderer Personen auch eine Kopie der personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen.

Dazu stellte der EuGH unlängst mit Urteil vom 4. 5. 2023 klar, dass im Einzelfall auch Kopien ganzer Dokumente zu übermitteln sind, wenn es die Verständlichkeit erfordert. Im Falle eines Konflikts zwischen der Ausübung des Rechts auf vollständige und umfassende Auskunft und den Rechten und Freiheiten anderer Personen sind diese vom Verantwortlichen gegeneinander abzuwägen (EuGH C-487/21).

Was tun bei einer Anfrage?

Wird nun bei einer Gemeinde angefragt, wer einen Gesamtdatensatz mit historischen Meldedaten abgefragt hat, ist zunächst zu klären, wer datenschutzrechtlich für welche personenbezogene Datenverarbeitung verantwortlich ist.

Dazu ist festzuhalten, dass gemäß § 16 Abs. 1 Meldegesetz im Hinblick auf Meldedaten alle betroffenen Meldebehörden gemeinsam Verantwortliche sind. Die Meldedaten werden gemeinsam in der Art verarbeitet, dass jede:r Verantwortliche auch auf die Daten Zugriff hat, die von den anderen Verantwortlichen zur Verfügung gestellt wurden (Zentrales Melderegister). Gem. Abs. 2 obliegt die Wahrnehmung der Betroffenenrechte jedem Verantwortlichen jedoch nur hinsichtlich jener Daten, die im Zusammenhang mit den von ihm geführten Verfahren oder den von ihm gesetzten Maßnahmen verarbeitet werden. Gegebenenfalls ist die/der Betroffene an die/den zuständige:n Verantwortliche:n zu verweisen.

Fazit

Die Wahrnehmung des Auskunftsrechtes ist also eingeschränkt auf Daten von Datenverarbeitungen der eigenen Meldebehörde. Die jeweilige Meldebehörde in der Gemeinde darf nur Auskünfte über die in ihrem Auftrag verarbeiteten Daten erteilen. Ergibt die Protokolldatenauswertung des BMI, dass auch Meldebehörden anderer Gemeinden Daten verarbeitet haben, ist die/der Betroffene an die weiteren zuständigen Meldebehörden zu verweisen.

In der Praxis verweist die IKT-Protokolltechnik des Bundesministeriums für Inneres (BMI) bei Übermittlung des TPA-Protokolls an die Gemeinde darauf, dass



lediglich die Protokolldaten von Zugriffen der eigenen Behörde in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden können, das TPA-Protokoll aber nicht an die/den Auskunftswerber:in weitergegeben werden darf, da Teile von Behörden, Dienststellen und Benutzerdaten aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht für die Auskunftswerber:innen bestimmt sind.

Dies deckt sich mit dem Urteil des EuGH vom 4. 5. 2023 in der Rechtssache EuGH C-579/21, wonach eine betroffene Person bei einem Auskunftsrecht nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO kein Recht darauf hat, Kenntnis von der Identität von Beschäftigten zu nehmen, die unter Aufsicht und auf Weisung der/des Verantwortlichen ihre personenbezogenen Daten abgefragt haben.

© Foto: Getty Images

Ertragsanteilsvorschüsse für Juni 2023

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 06/2023[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 06/2022 in %	Ertrag für 01–06/2023 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–06/2022 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**336.747**	**-11,4%**	**3.066.709**	**-1,7%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-20.252		223.644	-14,5%
Lohnsteuer	317.733	4,4%	1.978.094	3,7%
Kapitalertragsteuer	26.436	-1,0%	155.626	-13,8%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	8.204	-33,8%	36.561	-59,6%
Körperschaftsteuer	3.540		660.976	-0,8%
Stabilitätsabgabe	1.140	-4,5	6.484	35,4%
Sonstige Steuern (gesamt)	**452.377**	**-2,2%**	**3.126.894**	**-0,3%**
davon:				
Umsatzsteuer	276.471	34,9%	1.831.750	15,9%
Tabaksteuer	19.762	-24,0%	119.245	-1,3%
Biersteuer	1.664	-8,9%	10.639	1,6%
Mineralölsteuer	23.210	-49,4%	223.828	-11,2%
Alkoholsteuer	1.416	4,4%	10.776	5,3%
Energieabgabe	-1.814	-121,6%	-7.633	-112,3%
Normverbrauchsabgabe	4.553	29,8%	23.498	21,9%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	83.948	-35,6%	645.912	-21,1%
Versicherungssteuer	13.076	7,4%	88.419	6,1%
Motorbezogene Versicherungssteuer	24.523	1,8%	143.011	-1,8%
KFZ-Steuer	121	-11,5%	3.464	-1,4%
Konzessionsabgabe	2.919	23,2%	19.480	6,2%
Kunstförderungsbeitrag	532	0,3%	1.049	-0,4%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 06/2023[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 06/2022 in %	Ertrag für 01–06/2023 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–06/2022 in %
Burgenland	20.552	-4,7%	158.953	0,6%
Kärnten	47.270	-6,9%	375.372	0,8%
Niederösterreich	129.587	-4,1%	1.018.806	0,0%
Oberösterreich	122.507	-4,3%	965.366	-0,1%
Salzburg	54.313	-7,4%	425.189	-0,1%
Steiermark	100.767	-2,2%	768.725	0,0%
Tirol	70.141	-5,9%	542.168	-1,8%
Vorarlberg	37.969	-7,7%	292.563	-1,3%
Wien	206.552	-10,4%	1.647.510	-2,9%
Summe	**789.657**	**-6,4%**	**6.194.652**	**-1,0%**

*) ohne Zwischenabrechnung

Ertragsanteilsvorschüsse für Juli 2023

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 07/2023[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 07/2022 in %	Ertrag für 01–07/2023 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–07/2022 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**871.009**	**10,1%**	**3.937.718**	**0,7%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	153.425	-1,5%	377.069	-9,6%
Lohnsteuer	332.918	4,1%	2.311.012	3,8%
Kapitalertragsteuer	74.093	95,2%	229.719	5,2%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	10.401	-1,6%	46.962	-53,5%
Körperschaftsteuer	295.147	12,6%	956.123	3,0%
Stabilitätsabgabe	2.703	-3,8%	9.186	20,9%
Sonstige Steuern (gesamt)	**535.719**	**2,8%**	**3.662.613**	**0,2%**
davon:				
Umsatzsteuer	330.577	24,0%	2.162.327	17,1%
Tabaksteuer	16.228	-5,2%	135.473	-1,8%
Biersteuer	1.703	-10,4%	12.342	-0,3%
Mineralölsteuer	40.041	0,7%	263.869	-9,6%
Alkoholsteuer	1.365	-18,7%	12.142	1,9%
Energieabgabe	-407	-104,4%	-8.040	-111,3%
Normverbrauchsabgabe	6.098	68,2%	29.596	29,2%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	96.214	-29,8%	742.126	-22,3%
Versicherungssteuer	12.916	1,3%	101.335	5,4%
Motorbezogene Versicherungssteuer	24.885	-0,8%	167.895	-1,7%
KFZ-Steuer	1.397	3,0%	4.861	-0,2%
Konzessionsabgabe	2.488	-15,9%	21.968	3,1%
Kunstförderungsbeitrag	0		1.049	-0,4%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 07/2023[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 07/2022 in %	Ertrag für 01–07/2023 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–07/2022 in %
Burgenland	36.353	11,8%	195.307	2,5%
Kärnten	84.980	8,1%	460.352	2,1%
Niederösterreich	231.092	8,1%	1.249.899	1,4%
Oberösterreich	221.002	7,5%	1.186.368	1,2%
Salzburg	97.008	10,2%	522.197	1,7%
Steiermark	175.548	9,3%	944.273	1,6%
Tirol	123.281	5,0%	665.448	-0,6%
Vorarlberg	65.870	5,5%	358.433	-0,1%
Wien	371.594	5,3%	2.019.103	-1,5%
Summe	**1.406.728**	**7,2%**	**7.601.380**	**0,5%**

*) ohne Zwischenabrechnung



Nachhaltige Entwicklung für städtische Gebiete

JESSICA steht für Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (Gemeinsame europäische Unterstützung für Investitionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung) und wurde in der Zeit von 2007 bis 2013 von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) zusammen mit der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) getragen.
JESSICA ermöglichte es den EU-Mitgliedstaaten, Zuschüsse aus den Strukturfonds für rückzahlbare Finanzierungen für Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung zu nutzen.
Auf Basis eines theoretischen Zugangs und mit Bezug zur Bedeutung der Stadtentwicklungspolitik untersuchen die beiden Wissenschaftler der Poznań University of Economics and Business JESSICA-Projekte in Polen und deren Erfolg. Sie schließen mit Empfehlungen und unterstreichen, wie wichtig es einerseits ist, Stadtentwicklung an der Lebenslage der Bewohner:innen zu orientieren und die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und (Um-)Land mitzuberücksichtigen.

Financial Engineering in Sustainable Funding of Urban Development in the EU

Reflections on the JESSICA Initiative

Piotr Idczak und Ida Musiałkowska | Walter de Gruyter, Berlin, Boston 2022 | ISBN 978-3-11-076217-4 | € 79,95 | 256 Seiten | Gebunden



Menschenrechte

Am 4. November 1950 wurde die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unterzeichnet. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums dieses Meilensteins für Grund- und Menschenrechte am europäischen Kontinent luden das Ludwig Boltzmann Institut sowie die Universität Wien im Jahr 2020 zu einer Fachtagung.
Die nun auch im Print vorliegende Publikation stellt eine Sammlung der Beiträge im Rahmen dieser Fachtagung dar und beinhaltet neben Grußworten der politischen Ebene (BM[in] Alma Zadic sowie BM[in] Karoline Edtstadler) zahlreiche Beiträge namhafter Expert:innen.
Im Tagungsband findet sich u. a. eine Auswertung bisheriger Verurteilungen, die Behandlung zentraler Fragen der Auslegung sowie Beiträge über das Zusammenspiel mit dem innerstaatlichen Verfassungsrecht sowie dem Recht der Europäischen Union.
Neben einem Blick auf die bewegte Geschichte der Konvention wird vor allem ein Augenmerk auf neue Entwicklungen und Herausforderungen gelegt.

70 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention

Tagungsband zur Festveranstaltung

Michael Lysander Fremuth (Hg.) | MANZ Verlag | ISBN 978-3-214-04235-6 | € 42,00 | 150 Seiten | Flexibler Einband



Soziale Nachhaltigkeit in der Region

Dieser Band in der Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft versammelt sechs Beiträge, die das Ergebnis einer Tagung bilden, die im November 2019 an der Universität Siegen durchgeführt wurde. Die Beiträge legen den Schwerpunkt auf Deutschland, vermitteln aber Zugang zu allgemeingültigen Fragestellungen. Zum einen werden regionale Disparitäten und Instrumente wie Steuer- oder Fördermittel identifiziert, um Unterschiede abzubauen. Das Konzept der Sozialen Orte („Orte der Begegnung und Kommunikation"), angelehnt an das Konzept der Zentralen Orte, aber auch abgegrenzt von ihm, wird zur Entwicklung im ländlichen Raum näher vorgestellt. Weitere Beiträge thematisieren die Folgen des Ausstiegs aus dem (Braun-)Kohleabbau sowie die Auswirkungen lokaler Mietpreissteigerungen am Beispiel Frankfurt am Main, und es wird untersucht, wie sich nachhaltige Entwicklung durch „Smartness", Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung im städtischen Raum, fördern lässt. Der abschließende Beitrag setzt beim regionalen Fachkräftemangel an, der sich verringern ließe, indem auch allgemeinbildende Schulen in der Region stärker beruflich ausgerichtet werden.

Soziale Nachhaltigkeit in der Region

Wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven

Nils Goldschmidt und Marco Rehm (Hg.) | Walter de Gruyter, Berlin, Boston 2023 | ISBN 978-3-11-070155-5 | € 49,95 | 125 Seiten | Gebunden

Hafen Wien mit vierter Photovoltaikanlage aufgerüstet

Der Hafen Wien, ein Unternehmen der Wien Holding, setzt weiterhin auf Nachhaltigkeit und hat gemeinsam mit Wien Energie eine weitere Photovoltaikanlage im Hafen Freudenau errichtet.



Ab sofort wird damit der Strombedarf der Liegenschaften im Bereich Freudenauer Hafenstraße zu ca. 80 % aus Sonnenenergie gedeckt. Das entspricht einer jährlichen Stromerzeugung von 465.379 Kilowattstunden (kWh/a). Umgerechnet können damit 232 Wiener Haushalte ein ganzes Jahr mit Grünstrom versorgt werden. Insgesamt wurden 1.180 Solarmodule auf einer Fläche von rund 2.304 Quadratmetern verbaut, die Anlage kommt auf eine Leistung von 477,9 Kilowatt Peak (kWp).

Nachhaltige Stromgewinnung im größten Logistikzentrum an der Donau

Auf ressourcenschonende Stromgewinnung setzt der Hafen Wien schon seit vielen Jahren. Zusammen mit den drei anderen bereits in Betrieb befindlichen Solarkraftwerken im Hafen Freudenau, im Gewerbegebiet HQ7 und im Hafen Albern wurden insgesamt 4.542 Solarmodule auf einer Gesamtfläche von 7.500 Quadratmetern verbaut. In Summe werden damit rund 1.500.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugt. Das entspricht dem Jahresstromverbrauch von 400 bis 500 Einfamilienhäusern.

Enge Kooperation zwischen Wien Energie und Hafen Wien

Das neue Solarkraftwerk wurde in enger Kooperation zwischen Hafen Wien und Wien Energie realisiert. Wien Energie hat die Photovoltaikanlage geplant, finanziert und errichtet und verkauft den erzeugten Strom an den Hafen Wien. Der Hafen Wien stellt die Dachfläche auf dem Gebäude in der Freudenauer Hafenstraße 18 zur Verfügung und erhält somit einen günstigeren Strombezug als über das öffentliche Stromnetz. Der Betrieb der Photovoltaikanlage – inklusive der erforderlichen Anschlussleitungen, Schalt- und Messanlagen – erfolgt ebenfalls durch Wien Energie. Durch einen Vertrag zwischen den Kooperationspartner*innen ist eine dezentrale Stromversorgung im Hafen Wien für die nächsten 25 Jahre gesichert.

Der Hafen Wien – Trimodale Logistikdrehscheibe im Herzen der Stadt

Beim sukzessiven Ausbau des Hafen Wien seit 2006 wurde konsequent auf Trimodalität geachtet, also die Verknüpfung der Verkehrsträger Wasser, Schiene und Straße. So können Waren auf allen Wegen und in jeder Kombination umgeschlagen werden, sogar auch als Luftfracht durch die unmittelbare Nähe zum Flughafen Wien-Schwechat. Diese Vielfalt ist ein großer Standortvorteil, den kaum ein anderes Logistikzentrum an der Donau in einer so hohen Qualität anbieten kann. Insgesamt werden pro Jahr rund 1.200 Frachtschiffe abgefertigt. Über den Wasserweg kommen vor allem Mineralölprodukte sowie Streusalz, Baustoffe wie Zement, Sand oder Stahlprodukte bzw. landwirtschaftliche Produkte wie Getreide und Kunstdünger.

Hafen Wien

Mit einer Fläche von 3 Millionen Quadratmetern ist der Hafen Wien das größte Güterverkehrszentrum in Ostösterreich und mit über 100 Unternehmen am Standort ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Der Hafen Wien ist mit seiner Lage an drei Ten-T-Korridoren einer der wichtigsten Hinterland-Hubs Europas, vor allem für die großen Nordseehäfen und die adriatischen Häfen.

Weitere Informationen unter:
https://www.hafen-wien.com/

© Foto: David Bohmann



Zürich schaut hin

Schweizer Kampagne fördert Zivilcourage.

„Zürich schaut hin" heißt das Projekt der Stadt Zürich, das sich gegen sexistische, trans- und homofeindliche Belästigungen im öffentlichen Raum richtet. Die Kampagne ruft u. a. in Öffis zur Zivilcourage auf, seit Februar ist ein Präventions-Linienbus auf Zürichs Straßen unterwegs. Das Öffi-Personal wird entsprechend geschult, auf Plakaten stehen Handlungsempfehlungen wie „hinschauen, einschätzen, überlegt handeln". Seit 2021 hat die Stadt Zürich ein Tool freigeschaltet, über das Vorfälle von Belästigung online gemeldet werden können. Geplant sind weitere Aktionen, etwa eine Kampagne in den Bädern, eine „Selbstbehauptungswoche" an den Schulen, Schulungen für Personal von Clubs und Bars sowie Zivilcourage-Kurse

Der Kampagnenauftritt von „Zürich schaut hin" ist eine Adaption der Kampagne „Zéro sexisme" der Stadt Genf. Auch andere Regionen, etwa die Stadt Bern und der Wallis, lancieren aktuell ähnliche Kampagnen.

www.zuerichschauthin.ch

Öffentlicher Sonnenschutz

Gemeinden in den Niederlanden errichten Sonnencreme-Spender.



Gratis Sonnenschutzcreme gibt es diesen Sommer in den Niederlanden. Auf Festivals, in Schulen, Sportvereinen und Gemeinden werden dafür seit Juni Sonnencreme-Spender aufgestellt. Hintergrund ist die Zunahme der Hautkrebs-Fälle in den Niederlanden. Deshalb stellt etwa die Klinik Venlo-Venray gemeinsam mit einer Krankenkasse und mehreren Gemeinden kostenlos Sonnenschutzcreme für 120 Grundschulen zur Verfügung. Die Hautärztin der Klinik sei auf die Idee gekommen, die während der Corona-Pandemie aufgestellten Spender für Desinfektionsmittel nun für Sonnencreme zu nutzen.



Cooles Los Angeles

Weißer Straßenbelag gegen Überhitzung

Die neue Trendfarbe in Los Angeles ist Weiß – zumindest werden hier einige Straßen jetzt ganz hell getüncht. Grund dafür ist der Klimawandel. Die spezielle grauweiße Beschichtung namens CoolSeal hilft, die Sonnenstrahlen vom Asphalt zu reflektieren, sodass weniger Wärme absorbiert wird. Angaben des zuständigen städtischen Departments zufolge sind die Straßen, die mit CoolSeal bearbeitet wurden, im Schnitt um bis zu 10 Grad kühler als nicht bearbeitete Asphaltstraßen. Das trägt wiederum dazu bei, dass sich die benachbarten Gebäude weniger aufheizen und nicht so stark klimatisiert werden müssen, was schädliche Emissionen, Kosten und Energie spart. Davor muss für den innovativen Belag allerdings ein wenig in die Tasche gegriffen werden: Eine Meile (ca. 1,6 Kilometer) zu beschichten kostet 40.000 US-Dollar (etwa 37.000 Euro).

© Fotos: Stadt Zürich, Getty Images, Los Angeles Bureau of Street Services

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

September

13. und 14. September	FA Personal-management	Trofaiach
14. September	FA Verwaltungs-organisation	online
19. und 20. September	FA Kontrollämter	Dornbirn
21. und 22. September	Kommunales Beteiligungsmanagement	Salzburg
25. und 26. September	FA Bildung	Wels
26. September	FA Umwelt	Traiskirchen
27. bis 29. September	FA Stadtgärten	Graz

Oktober

4. und 5. Oktober	FA Sportangelegenheiten	Dornbirn
5. und 6. Oktober	FA Schlichtungsstellen	Salzburg
9. und 10. Oktober	FA Kultur	Graz
9. und 10. Oktober	FA Verkehr	Linz
11. und 12. Oktober	FA Stadtvermessung	Linz
11. und 12. Oktober	Netzwerk Gesunde Städte	Klagenfurt
16. und 17. Oktober	Stadtregionstag	Salzburg
19. und 20. Oktober	FA Schlacht- und Veterinärwesen	Graz
24. Oktober	Finanzkommission	online

14. Österreichischer Radgipfel

Fachtagung in Hohenems, Vorarlberg

Eine Radparade eröffnet am 10. September die internationale Fachtagung in Hohenems zum Thema Radfahren. Bis zu 300 Fachleute aus Österreich und den benachbarten Ländern werden am **11. und 12. September** in Hohenems/Vorarlberg erwartet, um an Lösungen zur Mobilitätswende zu arbeiten.
www.radgipfel2023.at



Ausblick ÖGZ 9/2023

Märkte und Lebensmittel

Die nächste Ausgabe der ÖGZ widmet sich dem Thema Märkte und Lebensmittel. Von Lebensmittelsicherheit und Kontrollen über historische Märkte und neue Trends spannt sich der Bogen. Städte berichten über besondere Einkaufsmöglichkeiten und frische Erfolgsgeschichten.
Die Ausgabe 9/23 erscheint am 13. September 2023.

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at



Wir laden zum **8. Stadtregionstag**

Österreichweiter Austausch zum Thema Stadt-Umland-Kooperation, heuer unter dem Motto **Erfolgsmodell Stadtregion – Lebensräume gemeinsam klimagerecht gestalten.**

16. & 17. Oktober 2023 | Schloss Hellbrunn, Stadt Salzburg | www.stadtregionen.at

LAND SALZBURG STADT : SALZBURG Österreichischer Städtebund

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 8/2023 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1 • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2023: 10 Ausgaben • Cover: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Tanja Wagner, Schlossverwaltung Hellbrunn/Foto Auer


WIR LÄSST
UNS NEUE
WEGE GEHEN.
WIR MACHT'S MÖGLICH.
Lösungen entstehen immer im WIR. Dort, wo sie für alle nützlich sind. Dieser Gedanke gilt bei uns nicht nur für Banking, sondern umfasst auch Initiativen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Forschung. Darum engagieren wir uns bei Energiegenossenschaften, Gemeinschaftsinitiativen und Crowdfunding-Projekten. WIR macht's möglich.
raiffeisen.at